

# Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthesstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,52 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,55 Reichsmark + 25 Pfennig, Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf., Anzeigen unter Text 20 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, Postfachkonto: Breslau 3552, Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Montag, den 20. Juni 1932

Nr. 142

## Die Nazis freßen die Kommunisten

Das ist das Ergebnis der Hessenwahlen — Schöner Wahlerfolg der Sozialdemokratie — Vernichtung der Spalter — Die bürgerliche Mitte zerrieben

Darmstadt, 20. Juni. (Eig. Funtribeicht.)

Die Neuwahl zum hessischen Landtag, die am Sonntag nach einem überaus heftigen und von den Nationalsozialisten mit allen Mitteln der Demagogie geführten Kampf vor sich ging, hat der Hitlerpartei die von ihr erwartete absolute Mehrheit nicht gebracht. Die Hitlerianer haben zwar auch ihre im November erhaltenen Stimmen noch um einige Prozent zu vermehren vermocht, jedoch sind ihnen von den 70 zu vergebenden Mandaten statt der erwarteten 35 Sitze nur 22 zugefallen. 54,2 Prozent der hessischen Wähler haben den Nationalsozialisten auch diesmal die Gefolgschaft verweigert.

Erfreulich und bemerkenswert hat die Sozialdemokratie in Hessen abgelehnt. Sie behauptete nicht nur ihre Stimmführerschaft vom November 1931, sondern erhielt darüber hinaus weitere rund 200 Stimmen und steigerte ihre Mandatsziffer entsprechend den Erwartungen von 15 auf 17 Sitze. Katastrophal haben sich dagegen die Kommunisten geschlagen. Sie verloren rund 25.000 Stimmen und behaupteten von ihren bisherigen 10 Mandaten nur 7. Die Partei der Spalter um Seydewitz und Rosenfeld, die auch diesmal mit der kommunistischen Opposition marschieren, verlor nicht weniger als 50 Prozent der im November ausgebrachten Stimmen, indem sie von 23.000 auf rund 11.000 Stimmen zurückging und infolgedessen von den bisherigen zwei Mandaten nur eins erhielt. Ähnlich katastrophal ist der Verlust der nationalen Einheitsliste, hinter der sich sämtliche Splinter der Mitte, wie die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Staatspartei, verstecken. Diese Parteien gingen von 47.445 Stimmen, die sie insgesamt im November erhalten hatten, um fast die Hälfte auf 24.675 Stimmen zurück. Das bedeutet einen Rückgang der Mandate von 5 auf 2. Aller Voraussicht werden diese Mandate ein Volksparteiler und ein Angehöriger des Landvolks erhalten, die Staatspartei geht voraussichtlich leer aus. Das Zentrum verlor rund 4000 Stimmen, behauptet jedoch seine bisherigen 10 Mandate.

gestichts dieser politisch-parlamentarischen Situation bleibt das Zentrum in Hessen für eine Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage ausschlaggebend.

Der Wahltag selbst ist in Hessen von kleineren Zwischenfällen abgesehen, ruhig verlaufen. In der Nacht zum Sonntag kam es jedoch insbesondere in Mainz zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Mehrere Personen wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Die Berliner „Montagspost“ schreibt zu dem Ausgang der Hessenwahlen u. a.: „Am wichtigsten erscheint bei dieser Wahl die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei, die bei der letzten Wahl am 15. November 1931 20 Prozent ihrer früheren Stimmen eingebüßt hatte, diesmal wieder erheblich gewachsen ist.“

Das Wahlergebnis ist so klar und eindeutig, daß weitere Bemerkungen dazu nicht nötig sind. Nur das eine sei festgestellt, daß die SPD, die im November 1931 die SPD mehr als das Doppelte verlor als die SPD, gewann, also auch mehrere Tausend Wähler der SPD zu — den Nazis gegangen sein müssen!

## Der wahre Zweck der SA.

Verräterisches Geständnis eines Naziführers — SA, soll Polizei im Dritten Reich werden

Hamburg, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Ein bemerkenswertes Geständnis ist am Donnerstag-Abend in der Sitzung der hiesigen Kollegien zu Altona von dem Führer der nationalsozialistischen Fraktion und Mitglied des hiesigen Reichstages Stamer über die Rolle der SA, und über die Pläne, die die Nationalsozialisten mit dieser Bürgerkriegstruppe verfolgen, abgelegt worden. In der Besprechung eines kommunistischen Antrages, die Zahlung der gelegentlich gelegten gemeindlichen Zuschüsse zu den Polizeikosten zu streichen, erklärte Stamer, daß seine Fraktion diesem Antrage zustimmen werde. Auf den Zuruf des sozialdemokratischen Fraktionsführers Richter, ob er diese Stellung auch einnehmen werde, wenn etwa ein Nationalsozialist preußischer Ministerpräsident werde, wollte sich Stamer zunächst ausschweigen, pläzte aber dann mit der Erklärung heraus: „Uns wird die SA genügen!“ Da diese Erklärung in der herrschenden Unruhe ziemlich untergegangen war, nahm der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Gelegenheit, diese Erklärung des Naziführers, durch die die Absichten der Nationalsozialistischen Partei deutlich offenbart werden, noch einmal auszudrücken festzuhalten. Auf die energische Aufforderung, sich klar und unzweideutig über die Stellung der NSDAP zur Polizei zu äußern, sah sich Stamer dann veranlaßt, zu erklären, daß seine Fraktion gegen die gemeindliche Zuschüsse zu den Polizeikosten sei, weil die Polizei ausschließlich Aufgabe des Staates sei. Aufgefordert, seine Erklärung über die Stellung der SA zu wiederholen, rief Stamer unter lauten Hört-Hört-Rufen der Linken dann aus: „Zwar in einem nationalsozialistischen Preußen wird die Polizei aus der SA gebildet werden! Natürlich auf streng gesetzlichem Wege!“ Damit hat der Naziführer, der Mitglied der Reichsfraktion des aufgelösten Reichstages, der sicherlich über die internen Beratungen informiert ist, die Rage aus dem Sad gelassen.

## Die Folgen der Aufhebung des SA-Verbots

Aberall Nazi-Krawalle — Und die Kommunisten helfen

München, 20. Juni. (Eig. Funtribeicht.)

In München versuchten die Nationalsozialisten am Sonntag gegen das bayerische Uniformverbot zu demonstrieren. Schon am frühen Morgen gab es in den Außenvierteln Ansammlungen und Kundgebungen uniformierter Trupps, die nach dem Zentrum der Stadt vorzürücken versuchten. Insbesondere hatte man es auf die Wohnung des bayerischen Ministerpräsidenten abgesehen, dem ein „Sonntagskändchen“ gebracht werden sollte. Die Polizei hatte von den Absichten der Nazis rechtzeitig Kenntnis erhalten, so daß Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden konnten und insbesondere der Zugang auswärtiger Nationalsozialisten unterbunden werden konnte.

Immerhin gelang es größeren Trupps, das Gebäude des Ministerpräsidentens zu erreichen, wo sie grölzten und Drohungen gegen die bayerische Regierung ausstießen. Aber auch in diesem Falle griff die Polizei schnell ein und drängte die Demonstranten ab. Insgesamt wurden 470 Uniformierte zwangsgestellt, unter ihnen zahlreiche Bonzen des Braunen Hauses, darunter in der Hauptsache Prinzen und Grafen. Die Verhaftungen, gegen die das gerichtliche Verfahren bereits eingeleitet ist, wurden gegen Abend wieder freigelassen, nachdem Zinszahlung für sie besorgt war. Die Uniformen wurden beschlagnahmt.

Als die Polizei im Universitätsviertel einige demon-

strierende Nazitrupps auflösen wollte, wurde ihr Widerstand geleistet. Die Beamten zogen blank und gingen mit dem Gummiknüppel vor. Gegen die Polizei wurde u. a. auch ein Schuß abgegeben, jedoch wurde niemand verletzt.

Köln, 20. Juni. (Eig. Funtribeicht.)

In Köln hatten die Nationalsozialisten für Sonntag durch Riesenplakate mit der Aufschrift: „Die SA marschieren im braunen Ehrenkleid“ zu einer großen Demonstration aufgerufen, die jedoch verboten wurde. Trotzdem versuchten uniformierte Nationalsozialisten und Stahlhelmer in kleineren Trupps die Straßen zu beherrschen. Die einschreitenden Polizeibeamten wurden in der mächtigsten Weise wie „Blutbunde“, „Severingsteche“ usw. beschimpft und tätlich angegriffen. In der Abwehr machten die Beamten wiederholt vom Gummiknüppel und der Schutzwaffe Gebrauch.

Am Sonntag Nachmittag kam es vor dem Parteihaus der Nationalsozialisten in der Mittelstraße zu schweren Zusammenstößen. Als die Polizei Ansammlungen zerbrechen wollte, wurde sie aus dem Parteihaus der Nazis heraus beschossen und mit Stöcken, Bänken, Biermöbeln und mit anderen Gegenständen beworfen. Die Polizei sah sich schließlich veranlaßt, das Haus der Nazibanditen zu räumen und vorübergehend zu besetzen.

Das vorläufige amtliche Ergebnis lautet:

Sozialdemokraten	172 550 (168 101)	Mandate 17 (15)
Zentrum	108 603 (112 244)	10 (10)
Kommunisten	82 051 (106 790)	7 (10)
Spalterpartei	11 697 (23 108)	1 (2)
Deutschnationale	11 267 (10 857)	1 (1)
Nationalsozialisten	328 268 (291 158)	32 (27)
Heimliche Demokraten	4 930 (4 613)	0 (0)
Einheitsliste	24 675 (47 445)	2 (5)

Das Ergebnis zeigt, daß der Gewinn der Nationalsozialisten in der Hauptsache wiederum, wie bei allen Wahlen der letzten Zeit, auf Kosten der bürgerlichen Mitte geht. Außerdem liegt fest, daß diesmal auch in Hessen ähnlich wie beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl zahlreiche Kommunisten zu den Bundesräubern von rechts hinübergewechselt sind.

Die Frage der Regierungsbildung ist in Hessen durch das Ergebnis der gestrigen Wahlen nicht einfacher, sondern noch komplizierter geworden. Eine stabile Mehrheit ist nur zu bilden durch das Zusammenwirken von Nationalsozialisten und Zentrum, deren gegenseitiges Verhältnis heute schlechter ist denn je. Andererseits würden für den Fall, daß die zwei Abgeordneten der Einheitsliste sich mit den Deutschnationalen auf die Seite der Nazis schlagen sollten, 25 Mandate der Rechten und der bürgerlichen Mitte die gleiche Zahl von Mandaten der übrigen Parteien gegenüberstellen. An-

## Deutschlands Erwachen!

Hierüber spricht:

Prof. Nölting M. d. L.

der bekannte Diskussionspartner des Nazi-Theoretikers Fedt, im Rundfunk, spricht am Montag, den 20. Juni, 20 Uhr,

im Zirkus Busch

Eintritt 35 Pf.  
Reservierte Plätze 1 Mk. u. 2 Mk.  
Karten im Verkehrs-Verkaufsstellen  
an den sonstigen Verkaufsstellen  
Mitglieder, Rentner u. Erwerbslose gegen Ausweis 25 Pf.  
Karten in der Volkspostbuchhandlung, Bücherei des Gewerkschaftshauses, Arbeiterbibliothek u. Organisationsstellen  
Erwerbslosenkarten für 10 Pf.  
nur bei den Organisationen







# Wieder ein skandalöses Parteiturteil

## Parteiführer versucht ein Parteiblatt auf verfassungswidrigem Wege mundtot zu machen

Das sozialdemokratische Parteiblatt in Halle, das „Halle'sche Volksblatt“ hat eine einseitige Verfügung erhalten, die der Gauleiter der NSDAP im Gau Halle-Merseburg, Rudolf Jorhan als Antragsteller erwirkt hat. Diese einseitige Verfügung ist als Verfügung des Amtsgerichts Halle a. d. S., Abteilung 27, vom 15. Juni 1932, nach dieser einseitigen Verfügung dem „Halle'schen Volksblatt“ folgendes unterjagt: 1. Die Partei des Parteiführers zu beschreiben. 2. Das herrschende System als System Hitler-Papen zu bezeichnen. 3. In irgend einer Form zu behaupten, Hitler habe erklärt, daß es für das hunderttausendfache Volk noch zuviel Wohlstand gebe und die Partei des Herrn Hitler stehe als die Partei der Reichs gegen die Armen, die Partei der schlimmsten Betrüger des werktätigen Volkes, die Partei der Plutokratie. Dem „Halle'schen Volksblatt“ ist für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Geldstrafe von 100 Mark angedroht.

Diese einseitige Verfügung stellt einen glatten Mißbrauch des Zivilrechts zum Einzeitzell in die verfassungsmäßige gewählte Wahl- und Pressefreiheit dar. Sie ist ein Eingriff der Justiz in die Verfassung, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann! Selbstverständlich werden gegen diese einseitige Verfügung als instanzunfähigen Mittel angewandt werden!

Dieser Fall setzt ganz klar, wie weit die Dinge in der Justiz gehen können. Bei solchen Leistungen wird kein Mensch mehr behaupten wollen, daß es eine objektive Justiz in Deutschland gäbe! Die Nationalsozialisten werden sich in Zukunft nicht scheuen, wenn sie glauben, mit solchen Mitteln verhindern zu können, daß ihre Verantwortlichen für die Regierung Papen, wie für die ungeliebte Verordnungen dieser Regierung dem Volke klar gemacht wird!

Diese einseitige Verfügung zeigt, wie schuldbehaftet sie sind und wie sehr sie ihre Entlarvung fürchten! Die vom Propagandakomitee geleitete Partei der Nationalsozialisten trägt vor dem ganzen Volke die Schuld an der Regierung der Papone, an dem Scheitern an den Erwerbslosen, den Sozialrentnern und den Kriegsoffizieren!

### Herriot über die Lausanner Konferenz

Paris, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Herriot und Paul Boncour haben in einem Ministerrat, der am Sonnabend vormittag im Elysee stattfand, über den bisherigen Verlauf der Genfer und Lausanner Verhandlungen Bericht erstattet. Das Kabinett hat die Haltung der französischen Delegation einstimmig genehmigt.

Zu Beginn des Nachmittags empfing Herriot die Vertreter der Presse und gab folgende Erklärung ab: „Wenn ich meinen persönlichen Eindruck über die Lausanner Konferenz zusammenfassen soll, muß ich sagen, daß ich zufrieden bin. Wir bewegen uns jetzt auf einer Regelung des europäischen Problems im Rahmen einer allgemeinen Reorganisation hin. Ich freue mich, daß das brennende Problem des Moratoriums die logischste Lösung gefunden hat. Es bestehen jetzt zwei Möglichkeiten: entweder wird die Konferenz scheitern, was ich nicht glaube, und dann wird jeder seine handlungsfreiheit wieder gewinnen; oder man wird sich, wie ich hoffe, einigen, und dann werden die alten Texte an die neuen Abkommen hineingearbeitet werden. Wir haben uns alle Freiheit vorbehalten, die Probleme gründlich zu prüfen, ohne uns zu etwas zu verpflichten und uns zu kompromittieren. Wir haben durch diese Methode prinzipiell Diskussionen vermeiden können, bei denen die entgegengesetzten Thesen der Nationen aufeinandergeprallt wären und was an sich ein sofortiges Scheitern der Konferenz hätte ergeben können, und so haben die Vertreter Englands, Deutschlands und Frankreichs ihre Standpunkte in einer Atmosphäre ablegen können, die es nicht mehr erlaubt, an dem guten Willen aller zu zweifeln. Das ist ein guter Anfang. Die eigentlichen Schwierigkeiten bleiben noch bestehen, aber ohne Bedrohung für die Zukunft der Konferenz. Das Terrain ist jetzt frei.“

Ich benutze diese Gelegenheit, um ausdrücklich meinen englischen Kollegen zu danken, mit denen ich viel zusammengearbeitet habe, und ferner dem Reichskanzler für die Diskussionen, die er uns in Genf gegeben hat. Jeder hat gesagt, was er zu sagen hatte; der beste Beweis für den persönlichen Willen, der beim Beginn unserer Arbeiten obwaltete, ist die Zustimmung aller beteiligten Mächte zu der Erklärung der Fünf. Der Zusammentritt der Lausanner Konferenz war bis zum 16. Juni verhandelt worden, so daß wir angesichts des Ablaufs des Hoover-Moratoriums am 20. Juni nicht viel Zeit hatten. Wenn die prinzipielle Diskussion vor der Erklärung der fünf Mächte eingeleitet worden wäre, hätten die ernstesten Schwierigkeiten entstehen können. Aus diesen persönlichen Gründen bin ich mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden. Wir haben analytische Arbeitsmethoden angenommen, die den Delegationen allen Spielraum lassen, um zu einem Abkommen zu gelangen. Diese Methoden werden auch in Genf angewandt werden müssen. Eine internationale Konferenz darf kein Arraisel sein, das heißt man muß vermeiden, daß eine Frage um sich selbst dreht und mehrere Male zur Diskussion kommen kann, ohne daß jemals eine Lösung zustandekommt.“

Die Abbrückungskonferenz betrifft, haben wir nach unserer Ankunft in Genf gewissermaßen über den Tod der Konferenz einen Beschluß fassen müssen. Mit unseren englischen Freunden haben wir uns daraufhin entschlossen, Verhandlungen zwischen den Regierungen einzuleiten, das Terrain für die Debatte der Generalkommission freizulegen. Die Unterredung, die Paul Boncour am Sonntag mit dem Delegierten der englischen Regierung hat, wird also von großer Bedeutung sein. Wir haben in Genf und Lausanne scheinbar noch nicht alle Probleme gelöst, aber wir haben Arbeitsmethoden festgelegt, die hoffentlich ein Maximum von Ergebnissen zeitigen werden.“

Herriot reist am Sonntag abends wieder nach Rom zurück.

### Das Frankreich als Gegenleistung verlangt

Paris, 20. Juni. (Eig. Funkbericht.) Die französische Regierung als Gegenleistung für eine endgültige Entscheidung der Reparationen erwartet, daß sich eine Forderung ergibt, die der Geschäftsführer des „Matin“ seinem Wort aus Lausanne übermitteln und die allen Zeitungen von den deutschen Delegierten in Genf inspiriert werden. Danach werden sich die Forderungen Frankreichs auf ein bestimmtes, ein wirtschaftliches und ein politisches Abkommen. Auf finanziellem Gebiet soll Deutschland in Betracht dessen, daß der Kaiser Sachverständigenbericht die

Reichsbahnangelegenheit als ein durchaus gelundes Unternehmen bezeichnet hat, eine Abfindungssumme für die Reparationen in der Form von Obligationen geben, die durch die Einnahmen der Reichsbahn garantiert werden. Die Gläubiger würden sich diese Summe teilen oder einen Teilbetrag Amerika als Abfindung für ihre Kriegsschulden anbieten. Auf wirtschaftlichem Gebiet werde ein Abkommen zur Wiederaufrichtung Mitteleuropas verlangt, an dem sich auch England beteiligen und das vor allem nach den Worten Herriots in seiner Lausanner Rede eine „Abwägung der Einfuhrbeschränkungen und die Aufwertung der landwirtschaftlichen Produkte in gewissen Ländern vorzöge“. Was das politische Abkommen anbetrifft, so erklärt der Chefredakteur des „Matin“, so sei es befriedigend, daß Macdonald in privaten Unterhaltungen die Absicht geäußert habe, von den verschiedenen europäischen Ländern eine Erklärung unterzeichnen zu lassen, in der sie sich verpflichten, in den nächsten 10 oder 15 Jahren keine Revision der bestehenden Verträge oder Abkommen zu verlangen.

Der französische Journalist fügt hinzu, der Reichskanzler sei über diese Forderungen unterrichtet und er soll in Bezug auf sie am Sonnabend erklärt haben, daß die am Montag beginnende Woche eine harte Woche sein werde, in deren Verlauf man scharflich werden mußten. Diese Ansicht, so meint der „Matin“ weiter, schiene übrigens den Reichskanzler nicht zu entsprechen. Denn er wisse, daß Deutschland auf dem Gebiet des Feilschens sachverständiger Meister sei.

Paris, 20. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Der Lausanner Berichterstatter des „Welt Parisien“ ist von dem Reichskanzler zu einer Unterredung empfangen worden, in deren Verlauf von Papen sich über seine außenpolitischen Absichten ausgesprochen hat. Der Reichskanzler trat für eine enge wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland ein, die nach seiner Überzeugung einen großen Einbruch in Deutschland machen würde. Außerdem hat der Korrespondent, der die Erklärungen von Papens nicht wörtlich wiedergibt, zu seiner großen Überraschung festgestellt, daß der Reichskanzler einem deutsch-französischen Militärabkommen nach dem Plane Arnold Reberso nicht abgeneigt ist. Dagegen soll der Reichskanzler von einem neuen politischen Pakt nicht begeistert sein. Nach seiner Ansicht sind Locarno und Kellogg-Pakt ausreichend. Ein neues derartiges Abkommen würde in keiner Weise die feierlichen Versprechungen verstärken, die sich die Staatsmänner in den letzten Jahren gegeben haben.

### Die Pariser Welle über Lausanne

Paris, 18. Juni. (Eig. Funkbericht.)

Die Pariser Sonnabend-Morgen-Presse legt sich bei der Beurteilung der Lausanner Entscheidung große Zurückhaltung auf. Nur wenige Zeitungen stimmen ihr offen zu, aber aus verschiedenartigen Gründen.

So schreibt der offiziöse „Petit Parisien“: „Wir glauben, daß man sich anständig zu der Entscheidung beglückwünschen darf. Es genügt, den Text aufmerksam zu lesen, um sich davon zu überzeugen; daß er uns volle Genugtuung gibt. Er stellt in der deutlichsten Form die Unterordnung der europäischen Einigung unter einer allgemeinen Einigung fest. Nicht weniger befriedigend ist die Formel, die für die Verlängerung des Moratoriums gefunden worden ist, ohne daß das Wort Moratorium ausgesprochen wird. Danach sind nur zwei Dinge möglich: Entweder wird am Ende der Konferenz eine Verständigung erzielt werden, und dann wären alle früheren Formeln in die Lausanner Abkommen hineingearbeitet worden, oder man wird sich nicht einigen, und dann wird jeder wieder in den Besitz seiner Rechte treten.“

Léon Blum schreibt im „Populaire“: „Die gemeinsame Erklärung ist von dem Unheimlichen inspiriert, zu einer endgültigen und präzisen Lösung zu gelangen. Sie bekräftigt zugleich den Ernst, die Dringlichkeit und die enge Verbindung der auf dem Programm der Konferenz stehenden Fragen. Darin entspricht sie der Erwartung der Völker. Sie enthält eine Hoffnung, und es würde sehr gefährlich sein, diese Hoffnung später zu enttäuschen. Ohne Zweifel wäre es vorteilhafter gewesen, die Natur der endgültigen Lösungen; auf die die Signatarmächte hingen, sofort in ihr anzudeuten. Aber wenn die Erklärung sich im voraus für keine bestimmte Lösung entscheidet, so ist sie auch im voraus keine ab. Sie läßt alle Türen weit offen. Wir müssen wünschen, daß alle verantwortlichen Staatsmänner den notwendigen Mut bis zum Schluss haben werden.“

Die linksradikale „Republique“ erklärt: „Auf das Hoover-Moratorium folgt ein Moratorium von unbestimmter Dauer. Für uns, die wir Anhänger dessen sind, was die Depêche von Toulouse“ den Schwammstrich über die Reparationen nannte, ist die Lösung rechtlich wie tatsächlich voll befriedigend. Der Ministerpräsident ist in bezug auf die Rechtsfrage bekanntlich anderer Meinung. Aber gegenüber den finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands hat er Wert darauf gesetzt, den ebemütigen und verständlichen Geist der republikanischen Frankreichs zu zeigen, und er hat die Erklärung unterzeichnet.“

Die Rechtspresse stellt mit mehr oder minder großer Regeneration fest, daß das Ende der Reparationen bevorsteht, aber sie will ihr Urteil von der zukünftigen Entwicklung der Dinge abhängig machen. Der „Figaro“ erklärt: „Deutschland erhält ohne Gegenleistung mit der Hoffnung auf eine spätere endgültige Liquidierung mehr als ein Moratorium von einem halben oder einem Jahr. Man billigt ihm einen unbeschränkten Zahlungsanspruch zu.“

Im „Matin“ heißt es: „Die Erklärung ist leidenschaftlich diskutiert worden. Die einen leben in ihr die ersten Schläge der Totenglocke für die Reparationen. Die anderen sehen in ihr nur ein Anhalten der Uhrzeiger, um nicht durch das nahe Datum des 30. Juni überhäuft zu werden.“

### Kollusion zwischen Holland, Belgien und Luxemburg

Auch die drei skandinavischen Länder schließen sich zusammen

Oslo, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Mächte des Ostsee-Wirtschaftsabkommens, Holland, Belgien, Luxemburg und die drei skandinavischen Länder haben gestern eine Aussprache in Genf gehabt, deren Beschluß am heutigen Nachmittag in Lausanne unter dem Vorsitz von Herrn J. J. Janssens erfolgt. Wie man hört, steht der Beschluß eines anderen Abkommens zwischen Holland, Belgien und Luxemburg bevor, dessen Veröffentlichung heute abend erfolgen soll. Das Abkommen gleicht im wesentlichen einer vollständigen Kollusion, ohne deren juristische Form anzudeuten. Die drei skandinavischen

Länder konnten in den Verhandlungen nicht den gleichen Weg gehen, den Holland für alle sechs Staaten angetreten hatte, so daß die Ostsee-Wirtschaftsgruppe in zwei kleinere Gruppen gespalten worden ist.

Genf, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die sechs Mächte des Ostsee-Wirtschaftsabkommens, Holland, Belgien, Luxemburg, Norwegen, Schweden und Dänemark haben in Genf eine dreitägige Besprechung über den Abschluß einer noch engeren Wirtschaftsverbändigung abgehalten. Das von ihnen gemeinsam herausgegebene Kommuniqué enthält lediglich die Feststellung, daß die sechs Mächte von den augenblicklich in Gang befindlichen Beratungen von Lausanne und den nachfolgenden Wirtschaftskonferenzen eine energische Lösung der Wirtschaftsfrage im Sinn der Senkung aller Zollschranken erwarten. Darüber hinaus müßten die Probleme der Wiederherstellung des Kreditdrehens durch Ordnung der Weltwirtschaft des Geldes gelöst werden. Wie man erzählt, ist aber die Einigkeit der sechs Staaten erheblich gestört worden. Belgien, Luxemburg und Holland sind in Beratungen über eine technische Zollunion getreten, die juristisch nicht den Abschluß Hollands an die belgisch-luxemburgische Zollunion bedeutet, jedoch tatsächlich auf das gleiche hinausläufe. Diesem Plan haben sich die drei skandinavischen Länder nicht angeschlossen. Der belgische Ministerpräsident verkündete heute abend der Presse, daß Belgien, Holland und Luxemburg morgen nähere Veröffentlichungen mit konkreterem Inhalt herausgeben würden.

### Neue Länderkonferenz am Mittwoch

Der Reichsminister des Innern hat die Innenminister der Länder zu einer Besprechung über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnungen gegen politische Ausbreitungen vom 14. Juni 1932 auf Mittwoch, den 22. Juni 1932, eingeladen.

### Reichskabinett will seine Politik fortsetzen

Das Reichskabinett beschäftigt sich mit der außen- und innenpolitischen Lage. Unter anderem berichtigte der Reichsinnenminister auch über die Maßnahmen der Länder bei Durchführung der Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten vom 14. Juni d. J. gegen politische Ausbreitungen. Das Reichskabinett war einstimmig der Auffassung, daß die mit der Verordnungen begonnene Politik energisch fortzuführen ist.

### Endlich zeigt Papen die Reichsfahne

Er muß erst von deutschen Journalisten gefordert werden

Genf, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Reklamationen der deutschen Journalisten bei der deutschen Delegation in Lausanne wegen des Fehlens der Reichsfahnen auf dem Hotel Savoy, dem Sitz der deutschen Delegation, haben Erfolg gehabt. Bereits gestern wurde der Fehler gutgemacht und nun wehen zwei schwarz-rot-goldene Fahnen vom Hotel Savoy.

### Ein skandalöses Urteil eines Danziger Gerichts

Wieder ein Nazi-Mörder freigesprochen

Danzig, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Ein unerhörtes Urteil wurde heute von dem Danziger Schwurgericht gefällt. Der SS-Führer Rudzinski aus Kattowitz, der am 3. Mai den sozialdemokratischen Stadtverordneten Gruhn auf offener Straße erschossen wurde von der Anklage des Totschlages freigesprochen. Nachdem Gruhn von zwei SS-Leuten zu Boden geworfen worden war, hatte Rudzinski auf den unmittelbar vor ihm Liegenden vier Schüsse abgegeben, die ihn sofort töteten. Gestützt auf das Gutachten von zwei Ärzten, nach deren Ansicht Rudzinski sich unter dem Einfluß von Alkohol befunden haben soll, billigte das Gericht dem Angeklagten für den Augenblick der Tat den § 51 zu. Rudzinski war zwar, wie einige Zeugenausagen ergaben, wenige Minuten vor der Tat so sehr im Besitz seiner normalen Verstandeskräfte, daß er mit zwei Leuten eine längere politische Unterhaltung führen und diese Leute zum Eintritt in die NSDAP aufzufordern konnte, auch war er unmittelbar nach der Tat durchaus fähig, die Wadnwaffe zweckmäßig an einem geeigneten Ort zu verbergen. In dem zeitlichen Zwischenraum zwischen diesen sinnvollen und zweckmäßigen Handlungen aber hat er sich nach Ansicht des Gerichts nicht im Besitz der vollen Geisteskraft befunden. Rudzinski wurde nur wegen fälschlicher Beleidigung der Frau des Ermordeten zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, die als durch die Unternehmungshaft verbüßt erachtet wurden. Sofort nach der Urteilsverkündung wurde Rudzinski aus der Haft entlassen. Die Wadnwaffe wurde ihm belassen, dagegen wurde der Regenschirm, mit dem er die Frau des Ermordeten verlegt hatte, eingezogen. Die an der Mordtat beteiligten SS-Leute wurden freigesprochen, da sie sich in Notwehr befunden haben sollen. Dieser Urteilspruch, der dem Rechtsempfinden der Bevölkerung ins Gesicht schlägt, hat hier große Erregung hervorgerufen.

### Schweizer Regierung gegen Nazi-Deher

Zwei Nazi-Deher ausgewiesen

Tragen von Braanhemden verboten

Zürich, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die eidgenössische Regierung hat die deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Morstadt und Waldemar Schulz, die beide der Hitler-Partei angehören, wegen unerlaubten Nachrichtendienstes aus der Schweiz ausgewiesen. Andere Nazis sind verwarnet worden. Der Bundesrat beschloß ein Verbot des Tragens von Braanhemden. In Sichtbar machen von anderen Zeichen der Nationalsozialistischen Partei wird Zurückhaltung empfohlen. Ein Architekt früher in Zürich, ein Schweizer, hat bei der eidgenössischen Justizabteilung die Gründung einer nationalsozialistischen Partei in der Schweiz angemeldet.

### Einstimmig Reiseverbot beschlossen

Aber nur in Dänemark

Kopenhagen, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Alle Parteien des dänischen Reichstages vereinigten sich nach langandauernden Verhandlungen über die Festlegung der Reiseverbotsgesetze, die Dienstag sowohl im Folketing als im Landtag einstimmig angenommen wurden. Die reisverbotsgesetzlichen Landtage werden bis April 1933 28 und die Arbeitslosen 20 Millionen Kronen außerordentliche Staatliche Einkommensteuer werden durch eine außerordentliche Einkommensteuer der übrige Betrag durch Zollaufgaben, darunter eine Kaffee- und eine Branntweinsteuer, gedeckt.



# Johannistfest

2990

(gegenüber der Jahrhunderthalle)  
**Täglich große Sportkämpfe! ♦ Hugo Haafes neuartige Schaustellungen**

Heute Montag 6 Uhr:

Morgen Dienstag:

**4 Boxkämpfe**

5.45 Uhr: Fußball-Ausflug von Cloira Wilson

6 Uhr: Vorführung von Polizei- und Schutzhunden

mit nationaler Befegung

Lesen Sie die „Johannistfest-Zeitung“ \* **Preisausstellungen** \* 435 Bargeld- und Wertgewinne

Eintrittspreise: 20 Pf., Kinder 10 Pf.  
 Elite- und Sonntags 30 Pf., Kinder 20 Pf., Dauerkarten für die letzte Woche nur noch 1.- Mk. bei Barisch, Wertheim, Hainauer und Hoppe.

## Schieden-Anzeigen

**Verband der Deutschen Buchdrucker**  
 Am 17. Juni verschied an den Folgen eines Schlaganfalles unser Kollege, der Setzer  
**Robert Matschke**  
 (Schatzky A.-G.), im Alter von 63 Jahren.  
 Wir werden dem Verstorbenen der über 40 Jahre der Organisation die Treue gewährt hat, ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.  
 Beerdigung: Dienstag, den 21. Juni, 16 Uhr, auf dem Paulus-Friedhof in Kosel.

**Robert Matschke**  
 ist nach fast 49-jähriger Zusammenarbeit plötzlich durch den Tod von uns gegangen. In leitender Stellung wie auch auf anderen Gebieten hat er sich stets als Kollege und Mitarbeiter getüht und behandelt. Ein bleibendes Gedanke bewahrt ihm das Gesamtpersonal der Druckerei Schatzky A. G. Breslau.  
 Beerdigung: Dienstag, den 21. Juni, 16 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Kosel.

## STADTTHEATER

Montag, 20 bis gegen 23  
**Schwarzwaldbübel**  
 Dienstag, 20 bis gegen 23  
 Abonnements-Vorstellung E 18  
**Erhaufführung Marbeth**  
 Mittwoch, 20 bis 22.30  
 Abonnements-Vorstellung F 18  
**Madame Buttensiefen**



## Die kleine Anzeige

die Du aufgeben mußt, wenn Du meinst, wer kaufen und lernen will, gehört in Deine Zeitung

**in die Volkswacht!**  
 Dort ist sie billiger als in der bürgerlichen Presse und bringt Dir

**bestimmte Erfolge!**

## Der „Wahre Jakob“

erscheint ab 1. Juli wöchentlich

und kostet statt 25 Pf., vom 1. Juli ab pro Heft 15 Pf.

Das Format wird vergrößert. Der Umfang der Nummer beträgt 8 Seiten. Die künstlerische Kultur des Blattes bleibt erhalten. Inhaltlich wird der „Wahre Jakob“ in schärfster Weise gegen die Feinde der Arbeiterklasse vom Leber ziehen.

Genossinnen und Genossen! Lest und werbt für den „Wahren Jakob“, der für die bevorstehenden Reichstagswahlen ein vorzügliches Propagandamittel darstellt. — Bestellungen nehmen die Zeitungsausdräger und unsere Buchhandlungen entgegen.

Alleinstehende mit Kind sucht  
**möbliertes Zimmer**  
 jedoch nicht über 2000 RM. Offert. mit Preisangabe unter A. 1905 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung, Flurstraße 4, erbeten.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen  
**„Frauenwelt“**

eine Halbmonatsschrift für die Frauen des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf. Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Fernsprecher 21767 u. 21739  
 Gediegene und zweckmäßige Ausführung aller Drucksachen preiswert in kürzester Lieferzeit

Druckerei  
**VOLKSWACHT**  
 BRESLAU 2 — Flurstraße Nr. 4, 6

# Wegweiser für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft zum Vorteil!

Schuhe nur bei  
**Inuh Vogel**  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 66  
 Scheiniger Straße 12, Ecke Adalbertstr.



**Timone**  
 Ölölmaschinen  
 Mäßige Monatsraten

**Quabis Brot**  
 8% RABATT

Kauft bei **Blasse**  
**Blasse ist billig**  
 Nur Graupenstraße

**Wollwarenhaus „Saxonia“**  
 Breslau Ohlauer Straße 60/61  
 „Die billige Bezugsquelle für jedermann“

Jedermann bringen was jedermann braucht zu jedermanns Preisen!

Alles für Haus u. Küche immer billig und gut im  
**Kaufhaus am Dom**  
 Adalbertstraße 20

Schenkst Du auch oft und vielerlei ein gutes Buch sei stets dabei!  
 Reiche Auswahl in guten Büchern in der  
**Buchhandlung der „Volkswacht“**  
 Breslau, Flurstraße 4.

Wer mit **Tietz** rechnet kann sich mehr leisten!

**Schlesische Mühlenwerke**  
 Aktiengesellschaft Breslau  
 Hervorragend gute Weizen- und Roggenmehle  
 Spezialität: Auszugmehl „Schneeflocke“  
 erhältlich in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“

FERNRUUF 39372  
**Klischees Carl Geitz & Co.**

Breslau 6  
**Georg Eckstein / Spedition**  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 24 — Sammelruf 230 44  
 Ausführung sämtlicher speditionstechnischen Arbeiten

Metallbetten - Matratzen  
**Reier & Olowinsky**  
 Breslau, Herrenstraße 31

Eisen  
 de Front!  
 Eisen  
 de Sand!  
 Republikanisch  
 bei ganze Land

**P. Hartwig**  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 3/5 — Telefon 52000  
 Spedition, Möbel-, Geldschrank- und Schwertransport mit Kraftbetrieb, Speicher

**Schmetz ist und bleibt billig!**  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 25

**Trinkt Nisthke-Creme**  
 anerkannt verträglich  
**Möbel sehr billig!**  
 Schlaf-, Speise-, Küchen-, Flammöfen, Liegesofas, Chaiselonges, Sessel, Plüsch, usw., schon v. 200.- Mk. an Teilzahlung gestattet. Vorkauf der Sommer-Anzeige erhalten **Martha Schmidt, Buchh. 54/55**

**Geld auf Pfänder**  
**Lehnhaus Rose**  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 61 Telefon 536 12  
 u. Brandenburger Straße 24. Telefon 396 24

**Molkerei Emanuel Kroll** Tel. 592 24  
 empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u. Fettkäse in allererster Qualität aus eigener Molkerei. Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften  
**Aisenstraße 21**

**In Geldnot hilft**  
**Lehnhaus Julius Grundmann**  
**Trebnitzer Straße 21**

**Paul Rudolph**  
 Brüderstraße 45  
 Ecke Palmstraße  
**EDINA-Laden**  
 Kolonialwaren  
 Weine, Spirituosen

Lade, Farben, Violel  
**H. Andrißkyte**  
 Feldstraße 50

**Kauf bei Karl Pasch**  
 Hedwigstr. 22 / Filiale: Sternstr. 122, Karlowitzmarkt 11

**Gelegenheitskäufe bei Zentral-Lehnhaus**

Doppel-  
 futter  
**Ritter** Kolonial-  
 waren  
 Friedrich-Wilhelm-Str. 53, Ecke Friedrich-Karl-Str.

**Paul Paschke**  
 Messergasse 1  
 Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel  
 Kolonialwaren  
 Täglich Frischgemüse  
 Kolonialwaren

**Paul Gebauer**  
 Pannier Straße 27 / Filiale: Frankfurter Straße 51  
 Kolonialwaren, Konserven  
 Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Wasser, Gas, Elek., Schmelz, Margarine  
 nur bei  
**Carl Jos. Kellner, Inh. O. Klein**  
 da kaufen Sie billig und gut  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 24, Sammelruf 230 44  
 Marktschloß Gedenksche, Stand 123/124  
 Dienstleistungen 27

**Franz Rzechonka**  
 Broder 6, Algenstraße 48, Ecke Lauthenstraße  
**Kolonialwaren**  
 Kolonialwaren durch beste Qualität  
 Billigste Preise, höchster Rabatt

**Berichtsdienst**  
**Inter**  
**Insereenten**



Breslauer Nachrichten

Kommunistisches Schwindel- manöver in Schwoitsch

In Schwoitsch haben die Kommunisten mit Flugblatt zu einer heute abend bei Kau stattfindenden Versammlung zum Zwecke der Gründung eines Massen-Selbstschutzes aufgerufen. Dabei wird behauptet, daß in der Jirekus-Busch-Versammlung der roten Einheitsfrontler 1500 Anmeldungen zum Massen-Selbstschutz erfolgt seien. Unter den Gemeindeführern sollten sich auch 2000 Leute befinden. Beides ist glatter Schwindel. Die Sozialdemokratische Partei hat mit diesem sogenannten Massen-Selbstschutz nichts zu tun. Für die Sozialdemokratische Partei gilt nur die Eisene Front. Auch für die sozialdemokratischen Arbeiter von Schwoitsch und Umgebung ist die heutige kommunistische Veranstaltung ohne Bedeutung. Niemand geht dorthin. Unsere Rundgebung findet heute abend, wie längst bekannt, mit Professor Rütting im Jirekus-Busch statt. Das Flugblatt der Kommunisten für ihre heutige Veranstaltung in Schwoitsch ist üble Bauernfängerei. Der Parteivorstand.

Methoden der Wochenpresse?

Wie Inzerate für die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ „gemacht“ werden

Folgender Brief einer großen Breslauer Firma ging uns zu: „Dieser Tage kamen in unser Ladengeschäft zwei Herren von der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ und verlangten Herrn S. zu sprechen. Nun aber kann Herr S. nicht jederzeit zur Verfügung stehen, weil er größtenteils mit Konferenzen sehr beschäftigt ist. So war es auch zu der Zeit, als die Leute von der „S.A.Z.“ vor- sprachen. Er ließ den Herren sagen, daß die Konferenz noch unge- fähr 1/2 Stunde dauern wird, aber abgesehen davon, liege augen- blicklich zum Inzerieren kein Interesse vor, weil der Inzeratenetat bereits überschritten ist. Die Herren sagten den Verkäuferinnen darauf folgendes: „Wir werden Herrn S. schon aus seinem Fuchsbau heraus holen.“ Diese Worte haben unserer Ansicht nach nur einen expresse- rijschen Zweck und sollten durch diese Drohungen Inzerate erreicht werden. Daß diese Leute die Inhaber einer Firma durch diese Drohungen weich machen wollen, geht auch daraus hervor, daß sie tags darauf wiederum erschienen und als ihnen wiederum gesagt wurde, Herr S. wäre nicht zu sprechen, erwiderten sie: „Wir werden Herrn S. schon auf irgendeine Art und Weise stellen.“ Dieses Besessenen ist durchaus expresse- rijsch und bitten wir, in Ihrer Zeitung zu bringen, auf welche Art und Weise man Inzerate expresse- rijsch will.“

Das sind, gelinde gesagt, üble Methoden, wie sie bei der Wochenpresse angewendet werden, nur daß man hier viel plumper vorgeht. Wir hätten einen solchen Fall von dieser Seite her kaum für möglich gehalten, wenn nicht der Schreiber dieses Briefes uns als absolut sicherer Gewährsmann bekannt wäre. Daß es sich nicht um eine Entgleisung des Akquisiteurs handelt, geht schon aus der Wiederholung dieses expresse- rijschen Versuches hervor. Im übrigen wird uns auch noch von anderer Seite gemeldet, daß für die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ mit ähnlichen Mitteln auch bei ihnen gearbeitet wurde. Ein Blatt, das so pharisäisch über die andere Presse urteilt, sollte zumindestens auf Sauberkeit bei dem Teile der Zeitung halten, der hinter dem redaktionellen Teile liegt.

Kampf gegen die Skandalpresse

Max Gruschwitz will kneifen

Nachdem die Verhandlung gegen Gruschwitz wegen Verleum- dung des Staatsrats Genossen Wohlweber schon einige Male vertagt werden mußte, konnten sie am Sonnabend endlich zu Ende geführt werden. Ebenso wie in den vertagten Verhand- lungen versuchte es Gruschwitz, sich seiner Bestrafung zu ent- ziehen, indem er nachzuweisen versuchte, daß ihm der zur An- lage stehende Artikel nicht bekannt gewesen sei. Bei dem zur Anklage stehenden Artikel handelt es sich um jenen ungeschicklichen Angriff gegen Gen. Wohlweber, in dem Gruschwitz schrieb, daß der „gutbesoldete Stadtrat seine Befug- nisse mißbrauche“, indem er seiner Mutter und anderen ihm nahe- stehenden Personen Wohlfahrtsunterstützungen zuschänke. Als Heberchrist dieses Artikels hand in großen Schlagzeilen „Skandal um Stadtrat Wohlweber“. Genosse Wohl- weber hatte daraufhin diesem Skandalblatt eine Berichtigung zu- senden lassen, die von dem Mitarbeiter des Gruschwitz, Heinz Leuner, mit einem Kommentar versehen wurde, der die gegen Wohlweber gerichteten Verleumdungen noch betraffigte. Grusch- witz zeigte sich dann vor Gericht in seiner ganzen Freigebigkeit und Erbärmlichkeit. Von dem zuerst erschienenen Artikel will er nichts gewußt haben, da er sich in Klein-Sägwitz beim Guts- besitzer Sudert verborgen gehalten habe. Damals suchten ihn nämlich die Staatsanwaltschaft und die Polizei zwecks Antritt einer Strafe, die er selbstverständlich wegen Verleumdung er- halten hätte. In beredtesten Worten versuchte er es dem Gericht klar zu machen, daß er, trotzdem er sich ganz in der Nähe von Breslau aufhielt, mit seiner Zeitung überhaupt nicht in Ver- bindung gestanden hätte. Es wäre also hier der Fall eingetreten, daß die ganze Zeitung von Verleumdungen hätte krogen können, daß auch als Verantwortlicher Gruschwitz zeichnete, daß aber doch niemand dafür zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Als die Berichtigung mit dem betreffenden Kommentar erschien, will Gruschwitz todkrank gewesen sein, also auch wiederum davon nichts gewußt haben.

Die Beweisaufnahme ergab wiederum, in wie un- verantwortlicher und böswilliger Weise solche Skandalblätter Personen und besonders solche, die in öffentlicher Stellung sind, verleumben. Kein Wort

Die Landwirtschaft im Stadtkreis Breslau

Die Hälfte der Gesamtfläche Breslaus ist landwirtschaftlich nutzbar - Wie wirkt sich die Wirtschaftskrise auf diese Landwirtschaft aus? - Interessante Zahlen über den Vieh- bestand - Ueber 3000 landwirtschaftliche Betriebe im Stadtkreis

Dem „Breslauer Gemeindeblatt“ entnehmen wir folgenden instruktiven Aufsatz über die Breslauer Landwirtschaft, deren gegenwärtiger Umfang nur wenigen Breslauern bekannt sein dürfte.

Die umfangreiche Eingemeindung von 1928 hat den Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Verhältnis zur Gesamt- fläche des Stadtgebietes ganz beträchtlich gesteigert. Dieser Anteil liegt von 672 Hektar vor der Eingemeindung auf 7865 Hektar im Jahre 1928;

die landwirtschaftlich genutzte Fläche hat sich mehr als verdreifacht;

sie ist im Laufe der folgenden Jahre durch Erwe- ...g des Anbaues sogar noch etwas gestiegen und betrug am Ende des Jahres 1931 8479 Hektar, somit also 48,5 Prozent der Gesamt- fläche des Stadtgebietes. Mit dieser landwirtschaft- lich genutzten Fläche steht Breslau unter den deutschen Großstädten an vierter Stelle nach Berlin mit 16958 Hektar (19,2 Prozent der Gesamtfläche), Dor- mund mit 16511 Hektar (60,8 Prozent der Gesamtfläche) und Köln mit 13247 Hektar (52,7 Prozent der Gesamtfläche), während es der Gesamtfläche nach an sechster Stelle erst nach Berlin, Dortmund, Köln, Frankfurt a. M. und Essen und der Einwohner- zahl nach erst an achter Stelle sich in die deutschen Großstädte einreicht.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche Groß-Breslaus ver- teilt sich auf

die hauptsächlichsten Fruchtarten

folgendermaßen: Weizen wurde im Jahre 1928 angebaut auf 655 Hektar. Der Anbau sank im Jahre 1929 etwas, stieg im Jahre 1930 wieder beträchtlich an und erreichte im Jahre 1931 seinen bisherigen Höchststand mit 818 Hektar Anbaufläche. Die relativ günstigen Abzahnmöglichkeiten für Weizen in den letzten Jahren machen sich also auch im Stadtgebiet in einer Steigerung der Weizenanbaufläche bemerkbar. Umgekehrt ist die Anbau- fläche für Roggen, entsprechend der Minderbewertung des Roggens auf dem Markt, von Jahr zu Jahr gesunken. Der Höchststand im Jahre 1929 betrug 1362 Hektar, der Stand am Ende des Jahres 1931 nur noch 984 Hektar. Der Anbau von Gerste blieb von größeren Schwankungen einigermaßen ver- schont, die Anbaufläche stieg sogar langsam von 487 Hektar im Jahre 1928 auf 692 Hektar im Jahre 1931, während umgekehrt der Haferanbau von einem Höchststande im Jahre 1929 mit 1053 Hektar zurück auf 820 Hektar am Ende des Jahres 1931. Der Kartoffelanbau der Breslauer Landwirtschaft ist in den letzten Jahren ziemlich gleichmäßig geblieben; die gegenwärtige Anbaufläche beträgt 923 Hektar. Der Anbau von Zuck- errüben im Stadtgebiet geht von Jahr zu Jahr, wenn auch lang- sam, zurück. Von einer Anbaufläche von 590 Hektar im Jahre 1928 sind im Jahre 1931 noch 443 Hektar dem Rübenanbau vor- behalten geblieben. Ein Charakteristikum der Landwirtschaft in der Nähe der Großstadt ist der Feldgemüsebau (die Kräuterei). Mit Schwankungen hat sich die Anbaufläche von 1928 bis 1931 vergrößert von 161 auf 184 Hektar, den Höchststand er- reichte sie 1929 mit 197 Hektar.

Das Gesamtaderland im Stadtgebiet

betrug im Jahre 1928 5996 Hektar und stieg im Jahre 1929 um 421 Hektar auf 6417 Hektar. Die Auswirkung des allgemeinen Wirtschaftsniederganges machte sich bei der Landwirtschaft im Stadtgebiet in den letzten Jahren darin geltend, daß die Ackerfläche zugunsten einer Vergrößerung der Wiesenfläche zurückging. Im Jahre 1930 verminderte sich die Ackerfläche auf 5990 Hektar; der Rückgang hielt auch 1931 an, die Ackerbaufläche betrug Ende 1931 nur noch 5807 Hektar. Im Gegenzug dazu stieg der Anteil der Wiesenfläche. Die Wiesenfläche betrug im Jahre 1928 1579 Hektar, stieg im Jahre 1929 sprunghaft auf 1934 Hektar, das Jahr 1930 brachte einen Rückgang auf 1643 Hektar, während im Jahre 1931 der Anteil der Wiesenfläche gewaltig stieg und mit 2247 Hektar den bisherigen Höchststand erreicht hatte. Diese Entwicklung des Anteils der Wiesenfläche zeigt einestheils die durch die Wirt- schaftsverflechterung bedingte Erstenzierung des Anbaues, anderenteils läßt sich auch darauf schließen, daß die Großstadt für Viehzucht als Futtermittel günstige Abzahnmöglichkeiten bietet. In diesem Zusammenhange kann auch gleichzeitig darauf hin-

war von den erhobenen Vorwürfen wahr.

Die Mutter des Genossen Wohlweber erhält eine Kleinrentner- unterstützung, die ihr gesetzlich zusteht und worauf Genosse Wohl- weber überhaupt keinen Einfluß hat. Genau so leichtfertig wurden die anderen Verleumdungen aufgestellt, und daß Genosse Wohlweber unbefangener Stadtrat ist, weiß Gruschwitz ganz genau. Doch ihm kam es nur darauf an, Leute, die im öffentlichen Leben stehen in ihrer Ehre herabzujagen und ihr Ansehen zu schädigen. Der Staatsanwalt beantragte für Gruschwitz 300 Mark, für Leuner 80 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt Genosse Band- mann als Vertreter des Nebenklägers Wohlweber wies in seinen Ausführungen nochmals auf das Unfassbare hin, daß Gruschwitz in nächster Nähe von Breslau sich aufhält und er trotzdem keine Verbindung mit seiner Zeitung haben will. Er hat bestimmt gewußt, was in seiner Zeitung steht, ja er dürfte sogar der spiritus rector dieses Artikels sein, da gerade er zu gern einem Sozialdemokraten etwas anhängt. Da man sich immer wieder mit Gruschwitz vor Gericht stellen muß, er ist schon hebenmal wegen ähnlicher Verleumdungen vorbestraft - beantragte Rechts- anwalt Bandmann eine empfindliche Strafe und Publikation des Urteils. Rechtsanwalt Dr. Gottschalk, der Gruschwitz verteidigte, stand so richtig auf verlorenem Posten und wenn er sich auch noch so große Mühe gab, dem Gericht klar zu machen, daß Gruschwitz

gemieden werden, daß innerhalb des Stadtgebietes nicht weniger als 425 Hektar Viehweide liegen, deren Höchststand aller- dings im Jahre 1930 546 Hektar betragen hat.

Im Anschluß an die Feststellung der Viehweideflächen kommen wir zum zweiten Teil der landwirtschaftlichen Produktion dem

Viehbestand.

Das Auto, als modernes Verkehrsmittel, hat das Pferd im Stadtgebiet noch lange nicht ausgerottet. Am 1. Dezember 1928 zählte man im Breslauer Stadtgebiet 4217 Pferde, ohne die Militärpferde. Der Bestand liegt durch die Eingemeindung im Jahre 1928 um mehr als 1000 Stück und ging im Laufe der nächsten Jahre wieder zurück auf einen Stand von 4487 Stück im Jahre 1930. (Neuere Ergebnisse liegen noch nicht vor.) Ge- zinger ist der Bestand an Rindern innerhalb des Stadtgebietes; er bleibt ziemlich stabil und hält sich zur Zeit auf einem Stande von 3575 Stück. Der Schweinebestand in Breslau ist eben- falls sehr stabil. Er betrug am 1. Dezember 1928 4773 Stück und am 1. Dezember 1930 4602 Stück. Von Kleinvieh werden in Breslau 2725 Fiegen gehalten. Der Bestand ist seit dem Jahre 1928 von 3204 Stück wenn auch in langsamem Tempo ge- sunken, während umgekehrt die Kaninchenhaltung über- raschenden Aufstiegs genommen hat. Am 1. Dezember 1928 zählte man 9443 Kaninchen, am 1. Dezember 1930 nicht weniger als 15934 Stück. Auch das Feder- und Wild- und in ansehn- lichen Mengen vertreten. An Gänzen, Enten und namentlich Fühnern und sonstigem Feder- und Wild wurden am 1. Dezember 1928 69291 Stück festgestellt. Eine

Feststellung der Betriebe

liegt aus dem Jahre 1929 vor, die freilich nicht in jeder Hinsicht den heutigen Stand wiedergeben dürfte, aber immerhin Aufschluß gewährt über die Verteilung der Betriebe in den einzelnen Stadtbezirken. In Breslau-Deutsch-Bischof befinden sich 731 land- wirtschaftliche Betriebe, Breslau-Neutisch hat 251 landwirtschaft- liche Betriebe aufzuweisen, Breslau-Wallseitlich 222, in Breslau- Rojenthal steigt die Zahl der Betriebe auf 551, Breslau-Hunds- feid zählt 340 Betriebe; verhältnismäßig schwach vertreten ist die Landwirtschaft in Breslau-Schwoitsch mit 198 Betrieben, ebenso in Breslau-Tschansch mit 196, sowie in Krietern mit 97 Betrieben. In verschiedenen anderen Teilen des Stadtgebietes liegen zerstreut noch 289 land- wirtschaftliche Betriebe, während das alte Stadtgebiet insgesamt 214 landwirtschaftliche Betriebe aufzuweisen hat.

Die Gesamtzahl der Betriebe

Beträgt somit im ganzen Stadtgebiet 3089. Be- trachtet man die Betriebe in bezug auf ihre Größtenklassen, so ist festzustellen, daß im Jahre 1929 nicht weniger wie 73,4 Prozent aller Betriebe Zwergebetriebe (bis zu 1 Hektar) waren, während nur 1 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe im Stadtgebiet Betriebe über 50 Hektar Anbaufläche aufzuweisen hatte. Die schwierige Lage der Landwirtschaft machte sich, wie im gesamten deutschen Osten, auch bei der Landwirtschaft im Stadt- gebiet spürbar. Durch die 1. Durchführungsverordnung zum Gesetz über Hilfsmassnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Dithilfegesetz) vom 31. 3. 1931 ist auch Niederschlesien und damit auch das Stadtgebiet

Breslau in die Dithilfe einbezogen werden.

Die Ergänzungen und Verbesserungen der Dithilfegesetzgebung durch die am 17. November 1931 durch Verordnung des Reichs- präsidenten zur Durchführung gelangte sogenannte Sicherungs- verordnung und deren Nachtrag vom 5. Dezember 1931, die so- genannte Durchführungsverordnung, kommen ebenfalls der Bres- lauer Landwirtschaft zugute. Insbesondere hat die Sicherungs- verordnung eine Anzahl von insbesondere Betrieben davor be- wahrt, daß sie vor der Frühjahrseinstellung und vor der Ein- bringung der kommenden Ernte aus dem Produktionsprozeß mangels Mitteln oder gar infolge Zwangsverkaufs ausscheiden. Nachdem durch die Sicherungsverordnung diese Gefahr von den notleidenden Betrieben abgemindert worden ist, wird nunmehr das eigentliche Dithilfeverfahren, das Entschuldungsverfahren, zur Durchführung gelangen, das auf Grund der Erfahrungen im alten Dithilfegebiet teilweise grundlegende Änderungen er- fahren hat.

Bergarbeiterkinder in Breslau

Dank an Breslauer Eltern

Schwerer wirtschaftlicher Druck liegt auf den Arbeitern unseres Vaterlandes. Ein Kampf ums Dasein wird hier aus- gefochten, dessen verheerende Wirkung wir kürzlich immer mehr an den Gesichtern unserer Kinder ablesen und an der schwindenden geistigen Regsamkeit messen können. Denn unsere Kinder sehen „glück- die wachsende Not der Zeit und leiden mit. Sie bangen mit dem Vater, der vor dem Abbau zittert, sie ängstigen sich mit der Mutter, die bei jedem Schicksal sich um Vaters Leben sorgt, sie sitzen verängstigt in der Ecke, wenn der große Bruder, die große Schwester entlassen in die Stube treten und das Häuflein vermehren. Ein arbeitshamer Menschenschlag, hineingewachsen in die Ideengänge sozialistischer Weltanschauung, ringt verzweifelt um Anerkennung. Wenn ich das schreibe, so deswegen, damit unsere Breslauer Schulfreunde den Dank erweisen können, den wir ihnen für die opferfreudige Aufnahme unserer Kinder schulden. 53 Kinder der 1a und 1b der weltlichen Schule hatten das Glück, drei Tage in Breslau bei Schulfreunden zu verweilen. Zu schnell vergingen die Tage, die uns zeigten, was Solidarität, was Geist der weltlichen Schule bedeutet. Ihr Breslauer Schulfreunde nehmt von dieser Stelle aus den herzlichsten Dank unserer Kinder und ihrer Eltern. Wir wissen, daß ihr in der gleichen Verdamnis seid. Seid gewiß, daß wir eure Kinder mit der gleichen Liebe aufnehmen und bewirten werden. Wir freuen uns darauf, gleich- mit gleichem Vergessen zu können und grüßen Euch mit einem herzlichsten „Freundschaft!“

Junge Front Am Donnerstag die erste Kundgebung Jungvolk, haltet Euch diesen Abend freil!







# Der Aufstieg zum Wahlkampf

## Die Bezirkskonferenz der SPD. Mittelschlesiens

Genosse Paul Ebbe leitete die Wahlkampfarbeiten ein — Die Aufstellung der mittelschlesischen Reichstagskandidaten — Methoden und Vorbereitung des Wahlkampfes, instruktive Referate und eine rege sachliche Diskussion

Die gestern im Gewerkschaftshaus abgehaltene Bezirkskonferenz der SPD. Mittelschlesiens hatte sich lediglich mit der Vorbereitung zur kommenden Reichstagswahl zu beschäftigen. Der Besuch dieser Konferenz von Gästen und Delegierten aus allen Kreisen Mittelschlesiens bewies die ungebrochene Aktivität dieser Genossen und den entschlossenen Willen alle Kraft auch in diesem, wohl schwersten Wahlkampf einzusetzen.

Der Vorsitzende des Bezirksvorstandes, Genosse Mahe, eröffnete mit dem Freiheitsmarsch die Konferenz und wies kurz auf die gegenwärtigen politischen Notwendigkeiten hin. Es kommt heute nicht bloß auf die letzten Wochen an, sondern das ganze Jahr der ganzen Apparat eingeleitet und die Eisene Front vorbereitet wird und ihre Propaganda auch bis in den letzten Winkel des Bezirks bringt, denn noch haben Hunderttausende hier in Schlesien noch nichts von unseren Aufgaben und Zielen erfahren. Es nimmt nun

### Genosse Paul Ebbe

das Wort und gibt einleitend in geschickter Weise einen politischen Überblick. Die hinter den Kulissen wirkenden Kräfte haben es im vergangenen Monat fertig gebracht, die Brüder zu stürzen und Hindenburg für eine reaktionäre Junker-Regierung zu gewinnen. Der Einfluß der Kabinette und des Reichspräsidenten mußte immer stärker werden, da die Parlamente nicht mehr so wie früher arbeiteten. Diese Entwicklung hätte sich nicht so rasch vollziehen, wenn nicht die nationalsozialistische Bewegung diesen Umfang angenommen hätte. Die Weimarer-Regierung ist der erste politische Erfolg der nationalsozialistischen. Die jüngsten Notverordnungen hätten bei diesem nicht diese Stärke gegen die Minderbemittelten gezeigt, wenn eben diese Regierung sich nicht auf die Nazis stützen könnte, die durch die Papen-Regierung mit deren Einverständnis gebildet worden.

Recht unklar ist auch durch diesen Regierungswechsel unsere Außenpolitik geworden. Schon die diplomatische Vergangenheit Papens ist nicht gerade für eine sogenannte „nationale“ Außenpolitik erleichternd.

Papens Politik in Danzigue war aber auch durchaus nicht nationaler als die seines Vorgängers Brüning. Er hat nicht einen Schritt abwärts können, kein Wort von der Aufhebung des Versaillerplanes, kein Wort über die Kriegsschuldfrage, der erste nationale Kanzler hielt zum ersten Male auf einer solchen Konferenz seine Rede in „französischer“ Sprache, brühte freundschaftlich dem polnischen Außenminister Jaczak die Hand.

Die außenpolitische Situation Papens ist durchaus nicht so unklar. Inzwischen ist die Krise auch in anderen Ländern soweit angegriffen, daß man heute weit verständnisvoller Deutschland gegenübersteht als bisher. Die Weiterveränderung des europäischen Weltjahres auf unbestimmte Zeit ist hierfür deutliches Symptom.

Wie aber sieht es innenpolitisch aus? Neben den Neubelastungen durch die Notverordnungen ist durch die Richtungsänderungen der Prämienanleihe die Frage der Arbeitsbeschaffung weiter hinausgezogen worden.

Genosse Ebbe kommt nun ausführlich auf die nun von uns ausstehende Politik im kommenden Wahlkampf zu sprechen. Diskutiert wurde hier und dort ein eventuelles Zusammengehen mit den Kommunisten. Aber bei dem besten Verhandlungswilligen mußte man auch in der heutigen Zeit immer und immer wieder feststellen, daß ein solches Zusammengehen nicht ehrlich gemeint war. Da wurde z. B. durch einen kommunistischen Mittrauensantrag der Minister Braun und Seegeris erörtert, als dann Braun — schon aus gesundheitlichen Gründen — sich zurückzog, da war es die „Kose Fahne“ die nun schrieb Braun recht aus! Da wird an anderer Stelle behauptet, daß die Arbeitslosenversicherung nur noch dazu da sei, den Bohnen zu fressen. Und wird einmal von unserer Seite ein solches Ergebnis vorgeschlagen, da hört man, daß man nicht daran denke, vielleicht die Bekämpfung der „Sozialfaschisten“ und ihrer Träger einzustellen. Man sieht also, daß heute auch von dieser Seite her, kein wirklich ernsthafter Verständigungswillen zu sehen ist.

Immer wichtiger in den Wahlkämpfen der letzten Zeit ist die Art der Methode, dem Gegner zu begegnen, geworden. Auch dem uns bevorstehenden Wahlkampf werden wir den Methoden größtes Augenmerk geben müssen. Wir werden nicht mehr allein mit unserem Kampf auf rein geistigem, belehrendem Gebiete auskommen können.

Andere Mittel der Massenbeeinflussung sind in den letzten Wahlen in den Vordergrund getreten. Der Kampf durch Symbole hat große Verbreitung gefunden. Es sei nur an Fahnen und Abzeichen erinnert. Hier haben wir noch manches nachzuholen und zu erreichen, daß nicht die andere Seite auf diesem Gebiete ihre Alleinherrschaft zeigt.

In unseren Pamphleten und Flugschriften sollten wir nicht so rückwärts sein, allein mit ethisch-ästhetischen Methoden können wir leider in der heutigen Amerikanisierung auch bei der Massengewinnung nicht aus.

An vielen Beispielen zeigte Genosse Ebbe seine Erfahrungen aus dem besten Wahlkampf auf, wo in jeder Stadt, in jedem Ort eine überraschend erfreuliche Aktivität von unserer Seite her zu spüren war. Hier ist die Sozialdemokratie und die Eiserne Front bereits außerordentlich stark und wirkungsvoll dem Gegner gegenübergetreten. Wir sind viel zu lange im Schatten geblieben, wir müssen nun mit allen Mitteln unserer Propaganda mit unerschöpflicher Kraft und frischer Aktivität hinein in den Wahlkampf. (Starker Beifall.)

Da von einer Diskussion über dieses Referat Abstand genommen wird, geht die Konferenz sogleich zur

### Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag

Auf dieser Punkt der Tagesordnung wird nach kurzer Diskussion rasch erledigt. Diskutiert wurde lediglich darüber, den Breslauer Kandidaten an vierter Stelle, statt an die fünfte zu setzen, ein Antrag, der schließlich von der großen Mehrheit der Delegierten abgelehnt wurde. Angenommen wurde dann folgende Kandidatenliste:

1. Ebbe
2. Wandemuth
3. Franz Forstner
4. Böhle
5. Ruffert
6. Stammer
7. Strich
8. Wittner
9. Brühl
10. Kader
11. Göber
12. Berger
13. Kern
14. Franz Wölmer
15. Schöpe

Nach einer kurzen Pause spricht nun in einem recht instruktiven Referate Bezirkssekretär Genosse Paul Lehmann in ausführlicher Weise über die Wahlarbeit im kommenden Wahlkampf und gibt eine Fülle praktischer Vorschläge, wie dieser Kampf im einzelnen von jeder Ortsgruppe zu führen ist. Die Vorbereitung hierzu muß bald geleistet sein, am 1. Juli hat jede Ortsgruppe zu melden, daß sie gerüstet ist zum Kampf. Dann wird vom Bezirk aus, alles gewünschte Material und jede Unterstützung der Ortsgruppe zufließen.

Recht rege und für alle Teilnehmer sehr anregend ist die Aussprache, die sich ausschließlich mit praktischen Vorschlägen zur Wahlarbeit beschäftigt. Es sprachen hierzu Schiffer-Landkreis Breslau, Funke-Breslau, Genossin Maszow-Baldenburg, Hoppe-Schweidnitz, Freyer-Wohlau, Herbert Ebbe-Breslau, Kiaz-Breslau, Jänzer-Kanau, Paul Ebbe-Berlin, Reinhold Zimmer-Neurode. In einem kurzen Schlusswort geht noch Genosse Lehmann im allgemeinen auf die bevorstehende Wahlarbeit ein, worauf Genosse Mahe in einem nun alle zur Wahlarbeit aufrufenden Schlusswort und mit einem dreifachen „Freiheit“ die gutverlaufene Konferenz beschloß.

### Folgende politische Entschließung fand einstimmige Annahme

„Mit Empörung hat die Bezirkskonferenz der SPD. Mittelschlesiens von der Notverordnung Kenntnis genommen, die die Regierung der Barone von Hitlers Gnaden gegen das schaffende Volk und gegen die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, die Arbeitslosen, erlassen hat.

Hitler bahnte den Papen und Schleicher den Weg in die Reichsregierung, um mit ihnen den Marsch ins Dritte Reich anzutreten. Inbezug begrüßten die Nationalsozialisten das neue System.

Jeden Tage der Regierung Papen-Schleicher haben den ungeheuerlichen Volksbetrug enthüllt, den der Nationalsozialismus an der deutschen Nation verübt.

# Auch Bezirk Görlitz kampfbereit

## SPD. Görlitz fordert Enteignung des Großgrundbesitzes

Auch der Bezirk Görlitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hielt gestern seinen von 115 Delegierten besetzten Bezirksparteitag ab, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen und die Kandidaten für den Wahlkreis Glognitz zu bestimmen.

Nach einem politischen Referat des Genossen Buchwitz-Görlitz wurde die Kandidatenliste einstimmig gebilligt. An erster Stelle steht nach einem übereinstimmenden Beschluß der drei schlesischen Bezirke Genosse Paul Ebbe, ihm folgen Otto Buchwitz-Görlitz, der Bevollmächtigte des Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter-Verbandes Genosse Richard Meier-Berlin, Genossin Anna Kemitz-Berlin, der Sekretär des Unterbezirks Görlitz-Stadt, Genosse Alfred Haude, Genosse Karl Wuhmann-Weißwasser und eine Reihe weiterer Kandidaten.

Selbstverständlich protestierte auch der Görlitzer Bezirksparteitag in einer Entschließung gegen die Notverordnungen der Nazibarone, deren Arbeiterfeindlichkeit in der Regierungserklärung ihren sprechenden Ausdruck gefunden habe, sowie gegen die aus der Aufhebung des SM. Verbotes sich ergebende Bedrohung der republikanischen Bevölkerung und Gefährdung der Reichseinheit. Ausdrücklich stellt die Entschließung fest, daß die NSDAP sich der Verantwortung für diese Regierungstaten nicht entziehen kann und daher als Hauptfeind im beginnenden Wahlkampf unter dem roten Banner der Sozialdemokratie bekämpft werden muß.

Ein einstimmig angenommener Antrag ersucht ferner den Parteivorstand, dafür Sorge zu tragen, daß im neuen Reichstag alsbald der feinerzeit abgelehnte Antrag Müller-Branden auf Enteignung des Grundbesitzes über 700 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche wieder eingebracht wird.

### Gemeinam erhängt

#### Freitod eines Liebespaares

In einem Obstbaum an der Chauffee Wallfahrts-Ober-Schmedelhof, Kreis Glognitz, wurden die Leichen des 23 Jahre alten Dachdeckers Felix Püschel aus Neufelitz in Ehr. und der 19jährigen Elisabeth Jüttner aus Klobitz, Kreis Glognitz, erhängt aufgefunden. Es handelt sich um eine Liebesstrafe; die Eltern des Mädchens wollten in eine Verbindung der Tochter mit dem jungen Manne, der in der Ottmachersen Gegend beschäftigt ist, nicht einwilligen, so daß die beiden jungen Leute gemeinsam den Tod suchten.

### Landgemeinden

#### fordern Arbeitsbeschaffung

Eine Vorstandssitzung des Landgemeindevorstandes Niederschlesien befaßte sich dieser Tage mit der Papen-Notverordnung und ihren Auswirkungen. Nach dem offiziellen Bericht des Verbandes sprach sich der Vorstand einmütig dafür aus, daß außer der erforderlichen Entlastung der Gemeinden von den Wahlverpflichtungen vor allem in möglichst weitem Umfange die Arbeitsbeschaffung gelöst werden müsse.

Der Vorstand nahm ferner Kenntnis von den Vorschlägen zur Neubildung der Verwaltungseinheiten der Arbeitsämter und des Bundesarbeitsamtes-Schlesien und von dem gegenwärtigen Stande des kommunalen Revolutionswesens, dessen Durchführung den provinziellen Revisionsausschüssen überlassen bleiben müsse.

Gegen die Erhöhung der Provinzialabgabe für 1932 hat der Verband Einspruch erhoben, weil eine Erhöhung der Steuern in den Landgemeinden untragbar ist.

### Wild-Beiß-Neberfälle bei Frankenstein

Am Sonnabend, morgens gegen 4 Uhr, wurde auf das Gasthaus Müller in Peterwitz bei Frankenstein ein Raubüberfall verübt. Der Gastwirt Müller befand sich im Versteck,

keine Notverordnung mehr: Das versprochen sie. Eine Notverordnung von einer noch nicht dagewesenen Grausamkeit gegen die Weimarer: das beherrschte das Bündnis Hitler-Schleicher dem deutschen Volk.

Um 20-30 Prozent kürzten die Hitler-Schleicher den arbeitslosen gewordenen Volksgenossen die Versicherungsbeiträge. Um 10-25 Prozent kürzten die Hitler-Schleicher den langfristig arbeitslosen Volksgenossen die Arbeitslosengeld und die tägliche Wohlfahrtsunterstützung.

Um 15 Prozent kürzten die Hitler-Schleicher die Unfallrenten, bis zu 25 Prozent die Renten der Kriegsoopfer, um 6 Mark die Renten der Invaliden, um 5 Mark die der Witwen, um 4 Mark die der Waisen.

Den Arbeitern, Angestellten und Beamten legten die Hitler-Schleicher die Vermögenssteuer, den Handwerker, Kleinrenten und Kleinbauern die Umsatzsteuer auch für Umzüge bis zu 5000 Mark auf, die bisher umsatzsteuerfrei waren; jeder Volksgenosse zahlt von nun an 6 Pfg. Steuer für das Pfund Salz.

Alle Kürzungen zu Lasten der Weimarer, der Arbeitslosen, Rentner, Witwen und Waisen! Alle Steuern zu Lasten der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten und der kleinen Glieder des Mittelstandes!

Keine Belastung für Großgrundbesitz und Industrie; keine Steigerung, keine Arbeitsbeschaffung, aber Herabsetzung der Industriekapitalien.

Das sind die Wege, die das Dritte Reich! Das ermöglicht und fördert Hitler; das führten die Grafen und Freiherren der Reichsregierung durch.

Darum ruft der Schwerindustrielle Thyssen: Heil Hitler. Darum singt Prinz Rumi Nazi-Lieder. Darum will der ostdeutsche Junker ins Dritte Reich m. z. h.ieren!

Die Bezirkskonferenz der mittelschlesischen Sozialdemokratie erhebt gegen die volksfeindliche und ausbeuterische Notverordnung den schärfsten Protest. Sie ruft den Arbeitenden und Arbeitslosen, den Angestellten und Beamten, den Kleinbauern, Kaufleuten und Handwerkern mahnd zu: Erkennt die wahren Umrisse des Dritten Reichs; das Dritte Reich ist ein Reich brutaler Ausbeutung und Unterdrückung aller Schaffenden, ein Reich starker Reaktion, bewahrt das deutsche Volk vor Hitler und den Nationalsozialisten, kämpft gegen die mit Hitler verbündete Reichsregierung, kämpft die Sozialdemokratie und verheißt ihr und der „Eisernen Front“ am 31. Juli zu einem Wahlsieg, der beweist:

Die „Eiserne Front“ steht fest im Land die „Eiserne Front“ steht fest im Reichstag. In der „Eisernen Front“ werden sich Hitler und Schleicher die Köpfe einrennen!

### Vorwärts zum Sieg!

als plötzlich drei Männer eindringen, ihn fesseln und in den Keller sperren. Dann begaben sich die Täter in das Wohnhaus, wo sie an der Schlafzimmertür der Ehefrau des Müller und ihrer Schwester klopfen. Die Frauen wurden ebenfalls überwältigt und gefesselt. Daraufhin durchsuchten die Banditen das ganze Haus und erbeuteten außer 200 Mark harten Geldes eine große Anzahl Gegenstände, für die sie Verwendung hatten. Den sofort benachrichtigten Landjägerbeamten gelang es bereits kurze Zeit nach dem dritten Raubüberfall zwei der in Richtung Frankfurt, kein entkommenen Täter festzunehmen.

### und im Kreise Doppel

Auf der Rückfahrt von Döpseln, wo er Geld für die Wohlfahrtsunterstützung abholen wollte, aber keins bekommen hatte, wurde der Gemeindevorsteher von Friedberg, Kr. Döpseln, in der Nähe seiner Gemeinde im Walde von drei maskierten Männern angehalten, die von ihm unter Drohung mit Pistolen die Herausgabe des vermeintlich erhobenen Geldes verlangten.

Während einer der Banditen den Gemeindevorsteher in Schach hielt, durchsuchten die beiden anderen seine Taschen. Sie mußten aber dann ohne die erhoffte Beute das Weite suchen.

Neurode. Schußwaffen sind kein Spielzeug. Ein 17jähriger Malerlehrling hatte hier in der Wohnung eine geladene Schußwaffe auf das Sofa gelegt. Ein zu Besuch weiblicher Freund ergriff spielend die Waffe; plötzlich löste sich beim herumhantieren ein Schuß und traf den Malerlehrling in den Leib. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er in das Krankenhaus gebracht, wo er in sehr bedenklichem Zustand dantederlegt.

Görlitz. Töblicher Sturz vom Pferde. Nach dem Ausübungsdienst kürzte auf dem geschlossenen Heimritt der 27jährige Polizeiwachtmeister Oskar Weimann auf dem Roser Trezlerplatz mit dem Pferde und zog sich einen Wirbelsäulenbruch zu, der bald darauf zum Tode führte.

# Aus der Umgebung

Breslau. Polizeilicher Wochenbericht. In der Woche vom 12. Juni bis 18. Juni 1932 wurden folgende strafbare Handlungen zur Anzeige gebracht. Vergehen: Einbruchsdiebstahl 1, Diebstahl 1, Widerstand 1. Uebertretung: Kraftfahrzeugverkehr 1, Kraftfahrzeugverkehr 4, Feind- und Vorpolizeigesetz (Betreten der Baruffischen Wiesen) 22, Ruhestörung 1. Als gefunden wurde ein Rechen für Kinder und ein Stück Stoff abgegeben.

Witgen. Lehrer beschimpft die Kinder der Arbeitslosen. Zu der unter dieser Spitzmarke erschienenen Notiz erhalten wir von Herrn Lehrer Wzgerions eine Berichtigung, die zwar nicht den Erfordernissen des Pressegesetzes entspricht, die mir aber sonalermesse in ihrem wesentlichen Inhalt hier wiedergeben. Herr Wzgerions schreibt: Erstens: Die Ausbrüche „Diot“ und „langhoriger Giel“ sind seit Jahren nicht gefallen. Zweitens: Der Ausdruck „Steinpeilrude“ ist nie von mir gebraucht worden, zumal ich selbst Jahre hindurch arbeitslos war und in dieser Zeit staatliche Unterstützung genossen habe.

Domschau. Einbruch. In der Nacht zu Sonntag wurden hier bei einem Einbruch zwei Fahrräder gestohlen. Die Diebe entkamen unerkannt.

### Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch  
Schreibzettel: Montagabend 6. September 1932, Zimmer 170-172  
Telefon: 2224, 2225  
Sprechstunden: Dienstag, Donnerstag, Freitag von 9-12 u. 18-22 Uhr

Witgen. Mittwoch, den 22. Juni, um 15 Uhr Treffpunkt der Frauen am neuen Gemeindevorstand. Diebesüberfall und m. z. h.ieren.

Glognitz. Mittwoch, den 22. Juni, 20 Uhr bei Jettich: öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Schiffer.



Schlesiens Arbeitslosenzahlen

Rücklauf unbefriedigend

Die Entlastung des Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtszeit weiter fortgesetzt. Das Ausmaß dieser weiteren, in der Hauptsache noch von den Außenberufen ausgehenden Entlastung hat sich gegenüber den vorangehenden Berichtszeiträumen in den Monaten März und April aber vermindert.

Auch bei den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung zusammen ist der zahlenmäßige Rückgang während der Berichtszeit geringer als während der vorangehenden Berichtszeiträume, im ganzen aber nicht unerheblich stärker als bei den Arbeitslosen.

Zur gleichen Zeit des Vorjahres betrug die Zahl der Arbeitslosen insgesamt 335 239 (247 954 in Nieder-, 87 285 in Oberschlesien), die Zahl der Arbeitslosen-Unterstützten 198 506, der Krisenunterstützten 54 656, der Arbeitslosen- und Krisenunterstützten zusammen also 253 162.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes während der Berichtszeit entfällt wieder ganz überwiegend auf die Außenberufe. Aber auch die Mehrzahl der übrigen Berufsgruppen weist einen Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen auf.

Nach den bisherigen, noch nicht als vollständig anzusehenden Feststellungen für den Monat April erfolgten in diesem Monat 14 Voll- und Teilschließungen, durch die 731 Kräfte betroffen wurden. Der Jahreszeit entsprechend ist hier eine erhebliche rückläufige Bewegung festzustellen, was sich insbesondere auch dadurch erklärt, daß beispielsweise Betriebe der Industrie der Steine und Erden, die in den Wintermonaten im allgemeinen verhältnismäßig stark an den Stilllegungen beteiligt waren, der Jahreszeit entsprechend, jetzt eher, wenn auch teilweise erst in beschränktem Umfange, den Betrieb wieder aufnehmen.

Die Polizeibeamten in der Abwehr

Die Ortsgruppe Breslau, des Verbandes Preuss. Polizeibeamten e. V. hielt am 17. Juni d. Js. im St. Vincenzhaus eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in der der Verbandspräsident Herr Dr. von Mettenheim, Berlin, über das Thema „Die Beamten und die gewerkschaftspolitische Lage“ sprach.

In klaren eindrucksvollen Worten behandelte der Referent die Entwicklung auf außen-, innen-, Beamten- und gewerkschaftspolitischen Gebiet. Er wandte sich ganz besonders gegen den Antrag der AEDWA, auf Auflösung des Verbandes.

Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall und wurden durch einige Redner noch ergänzt und wirksam unterstützt.

Die Versammlung nahm gegen eine Stimme nachfolgende Entschliessung an.

„Die Behauptung, unser Verband müsse aus Gründen der politischen Sanberkeit und Moral aufgelöst werden, ist eine böswillige, anfeindend absichtlich gemachte, den Tatsachen widersprechende Verleumdung, von rund 80 000 preussischen Polizeibeamten selbst deren Angehörigen, die auf parteipolitisch neutraler Grundlage zum Zwecke der Wehrung und Förderung ihrer Interessen auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet sich seit Jahrzehnten im Verbande Preussischer Polizeibeamten zusammengeschlossen haben.

Gegen diese Verleumdung legen wir in aller Öffentlichkeit die schärfste Warnung ein und betonen mit Nachdruck, daß unsere Verbandspolitik sich nur auf parteipolitisch neutraler Grundlage, getrieben von der Erkenntnis, daß die Lösung des Zukunfts des Staates zur Erhaltung der Staatsordnung und Durchführung der dem Staate obliegenden weltlichen Aufgaben ist, verfolgt werden muß.

Moral bei uns nicht nur Phrasen, sondern Richtung gehende Programmziele sind. Unser bisheriges Verhalten beweist unabweisbar, den geraden Weg, den wir bisher gegangen sind. Wir sind gewillt, diesen geraden Weg auch in Zukunft zu gehen.

Die Polizeibeamtenschaft hat sich durch ihren Eid auf die Verfassung keiner bestimmten Partei oder Einzelpersonen verpflichtet, sondern ihre vornehmste Aufgabe darin betrachtet, der Gesamtheit zu dienen, wie dieses im Artikel 130 der Reichsverfassung vorgelesen ist.

Wir verbitten uns daher mit Entschiedenheit, daß durch Anträge, — wie zu Anfang erwähnt, — und Drohungen in bestimmten Tageszeitungen der Versuch gemacht wird, uns von diesem geraden Weg abzubringen.

Die Geben lügen

Die Wahrheit über den Reichshaushalt

Von Kurt Heintz.

„Wir wissen, daß man trotz Rentenlürzung und neuer Steuern sehr wahrscheinlich mit der Aufnahme eines Ueberbrückungskredits für Juli und einer Vermehrung der schwebenden Schuld des Reiches rechnen muß, nur um die Kassenlage zu halten!“

„Deutsche Bergwerkszeitung“, 16. Juni 1932.

Die Notverordnungen des Kabinetts Brüning entsprachen nicht unseren Wünschen. Aber mit ihnen wurde durch mehrmalige schmerzliche Opfer, die die breiten Massen aus Staatsinteresse ertrugen, der Reichshaushalt ausbalanciert.

Am 1. Juni 1932 verstarb der damalige Direktor der Haushaltsabteilung im Reichsfinanzministerium, Graf Schwerin von Krosigk, den Vizepräsident der Reichshauptkasse für das Rechnungsjahr 1931.

Der Jahresabschluss der Reichshauptkasse per 31. März 1931 ergibt eine schwebende Schuld, also einen Gesamtschuldbetrag von 1690 Millionen Mark gegenüber 1525 Millionen Mark für 1930.

Bei der Beurteilung des im Jahre 1931 entstandenen Fehlbetrages des ordentlichen Haushaltes ist zu berücksichtigen, daß er mit 134 Millionen Mark dadurch entstanden ist, daß Reichsbahnvorrugsaktien in weit höherem Nennbetrage nicht verkauft worden sind, diese Werte also dem Reiche erhalten geblieben sind.

Was für Gefühle muß der neue Herr Finanzminister haben, wenn er heute als Kommentar zu der von ihm mit ausgearbeiteten

Wir erklären feierlich, daß solche, den heutigen Rechtsstaat befechtende, der Erreichung eigener parteipolitischer Ziele dienende Einschüchterungen uns von unserer Einstellung, der Gesamtheit zu dienen, nicht abbringen werden.

Wir erklären weiter, daß wir gewillt sind, mit allen uns verfassungsgemäß zustehenden Mitteln für die Erhaltung der uns in der Reichsverfassung — Artikel 124, 130 und 133 — gewährtesten staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte zu kämpfen und diese unter allen Umständen zu erhalten.

Wir fordern alle Verbandsmitglieder auf, dem Verband die Treue zu halten, treu zu unseren Führern zu stehen und sich durch keine parteipolitischen Agitationsanträge oder Lockrufe der Splitterverbände von dieser Treue abbringen zu lassen. Einigkeit und Geschlossenheit ist das dringende Gebot der heutigen Stunde.

Wir appellieren an den Gerechtigkeitsinn aller Vorkräfte, an alle gewerkschaftlichen Berufsvertretungen der Arbeiter, der Angestellten und Beamten, es nicht zuzulassen, daß die Hüter der Ordnung, die in Ausübung ihres Amtes für Wahrung und Erhaltung der in der Reichsverfassung gewährtesten Volksrechte einzutreten haben, die ersten Ungerechtigkeiten in bezug auf ihre verfassungsmäßigen Rechte erfahren. Recht darf nicht Unrecht werden!

In alle organisierten Berufskreise geht heute unser Ruf, uns in unserem Kampfe für Wahrung der Gesetz, für Recht und Gerechtigkeit zu unterstützen!

Glücksverordnung liegt, zum Beispiel in der „Berliner Börsen-Zeitung“, „daß sie bezweide, das drohende Kassenchaos zu beseitigen, das das Kabinett von Papen als Erbe der Regierung Brüning übernommen hat“.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“: „Die Defizitwirtschaft ist ein besonderes Charakteristikum der Aera Brüning-Dietrich gewesen. Aber das Schlimmste war, daß aus dem billigen Defizit ein regelrechter Kassenfahrlatz, ein Kassenchaos, zu werden drohte.“

In der reaktionären Provinzpresse geht es noch lautiher zu. Die „Schlesische Zeitung“ zum Beispiel schreibt, daß die Regierung Brüning eine Finanzlage zurückgelassen habe, die den sofortigen Zusammenbruch von Reich, Ländern und Gemeinden herbeigeführt hätte, wenn nicht die Reichsregierung von Papen mit der neuen Glücksverordnung sofort eingegriffen hätte.

Nach der Sachpresse des deutschen Unternehmertums, wie zum Beispiel die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ meint sogar, daß jetzt die Regierung von Papen nur das Testament des Kabinetts Brüning vollstreckt und kündigt zugleich eine Vermehrung der schwebenden Schuld des Reiches an.

Alle diese Behauptungen der mit der derzeitigen Regierung sympathisierenden Zeitungen sind Ohrfeigen für den neuen Reichsfinanzminister. Noch vor vierzehn Tagen hat er der gesamten deutschen Presse den Jahresabschluss der Reichshauptkasse für das abgelaufene Rechnungsjahr mit genauen Erläuterungen vorgelegt und ausdrücklich betont, daß es gelungen sei, die Kassenlage auf dem Stand von 1930 zu halten und eine Verschlechterung zu verhüten. Ueber die Einzelheiten, wie das möglich war, braucht heute nicht mehr gestritten zu werden, da feststeht, daß es zurecht die Opfer der breiten Massen gewesen sind, die jenes Resultat erreichten.

Der Reichstag wurde aufgelöst, weil er angeblich nicht mehr der Meinung des Volkes entsprach. Die breiten Massen werden ihre Meinung deutlich sagen.

Naziheke gegen Bauhütten

Die nationalsozialistische Presse geht augenblicklich mit Verleumdungen gegen die sozialen Baubetriebe haufenweise vor. Die Maß der in den nationalsozialistischen Zeitungen üblichen Lügen und Verdrehungen noch übersteigt. Ein Einzelvorfall wird so verdreht, daß der untrügliche Finger den Schuldigen zeigt, der den Gewerkschaften nahe liegende Verband sozialer Betriebe habe planmäßig Kapitalverchiebungen nach dem Auslande betrieben.

Es handelt sich um folgenden Fall: Die Bauhütte für Pommeren in Sietkin bemühte sich um Aufträge und suchte, da die berühmte Finanzpolitik im Reich den Baumarkt völlig gedrosselt und die Bauarbeiter zum größten Teil arbeitslos gemacht hatte, für die ausfallenden Inlandsaufträge Ersatz im Auslande, wie das zehntausende von Firmen in Deutschland tun. Nun ergab sich die Möglichkeit, eine größere Arbeit in Paris durchzuführen. Natürlich muß ein solches Geschäft finanziell angefurbelt werden. Was jeder weiß, der mit Bauen jemals etwas zu tun gehabt hat. Der Geschäftsführer der Bauhütte für Pommeren, Albert Rüd, der von der nationalsozialistischen Presse als „marxistischer Songe“ beschimpft wird, wandte sich pflichtgemäß an die Deutschenwirtschaftsstelle. Ueberhaupt muß, wie sich aus dem ganzen Vorfall ergibt, festgestellt werden, daß Rüd bei der Aktion äußerst vorichtig verfahren ist und peinlich darauf bedacht war, nicht gegen eine gesetzliche Bestimmung oder Bestimmung der Devisenverordnung zu verstoßen.

kommt, der Sachverhalt. Allerdings hat die Nachforschung zu einer Verhaftung Schönherr und zweier Angestellte der Solof geführt. Ob die Verhaftung überhaupt etwas mit der Bauhütte für Pommeren zu tun hat, erscheint äußerst fraglich. Nach unserer Auffassung ist es ganz unmöglich, auf Grund der Handlungswelt der Bauhütte eine Verhaftung vorzunehmen. Wir bezweifeln überhaupt, daß die Verhaftung Schönherr mit dem Pariser Geschäft der Bauhütte in Verbindung steht, und halten es für erforderlich, daß die verantwortlichen Stellen sofort Klarheit schaffen, um die Verleumdungen der Nationalsozialisten richtig zu stellen. Es ist schon das Ausmaß der Unverschämtheit, das dem vorstehend geschilderten Fall zu folgern, eine Enttarnung der modernen Arbeiterbewegung habe sich des Verbrechens der Kapitalflucht schuldig gemacht. Daß die Kapitalflüchter in den Reihen der Nationalsozialisten sitzen, dürfte die Nazipresse wohl am besten wissen.

Die Sowjetregierung hat neue Bestimmungen über die Zwangsanleihe, von denen alle russischen Arbeiter, Angestellten usw. betroffen werden, erlassen. Die Anleihe soll die Finanzschwierigkeiten der russischen Regierung mildern, in die sie infolge der Durchführung des Fünfjahresplans geraten ist. Die Zwangsanleihe macht 3,2 Milliarden Rubel aus und wird in Stücken bis zu 10 Rubel abgegeben.

Das Preussische Statistische Landesamt beginnt Anfang Juni mit der Veröffentlichung der allmonatlich erscheinenden Berichte über den Arbeitsstand in Preußen für das Jahr 1932. Mit Ausnahme der Jungfelder des Vorjahres, die in erster Linie im Rheingebiet unter den harten Kahlfrösten des Monats Februar 1932 litten, haben die Rebanlagen im allgemeinen den Winter 1931/32 schadlos überstanden. Infolge des nachteiligen Wetters im ersten Halbjahre des Jahres letzte der Austrieb erst spät einsetzte. Die hochsommerliche Hitze in der Pfingstwoche hat dann das Wachstum der Reben außerordentlich gefördert.

Der englische Warenexport ist auch im Mai weiter gesunken. Im Mai gegenüber dem Mai 1931 um fast vier Millionen Pfund. Die Einfuhr sowie die anderen Lasten, die die englische Arbeitslosigkeit weiter steigt, kann nur durch ein Experiment der Exportabwertung wahren.



## Schwimmfest „10 Jahre Waseidonbad“ Glänzender Verlauf

Nachdem wochenlang regnerisches und naschales Wetter allen Schwimmern Gelegenheit gegeben hatten, zu ungen, hatte gestern endlich ein freundliches Gesicht aufgetaucht und zahlreiche Zuschauer ins Waseidonbad gelockt. Die Schwimmwettkämpfe nahmen ihren gewohnten Verlauf. Die Frauen- und Männerabteilung der Sportlerinnen der 2. Frauen- und 12. Männerabteilung der I. B. waren am Start. Auch eine kleine Flottille der Freien Schwimmvereinigungen war erschienen. Die Reichsbannerkapelle sorgte durch ihre Darbietungen für festliche Stimmung. Der Vorsitzende, Herr E. B. war am Start. Nach dem ein stattlicher Aufmarsch der Schwimmvereinigungen erfolgt war, auf die erfolgreiche Aufbaumarbeit hinweisen, die in zehn Jahren das eigene Bad der Freien Schwimmvereinigungen erforderte, wurden viel belacht. Den Abschluss des Festes bildete ein Fackelzug mit Fackelschwüngen und Sprechchören der Kinderabteilung, wegen der ungenügenden Vorbereitung, verursacht durch das ungünstige Wetter der Vorwoche, nicht in der geplanten Weise, aber immerhin wirkungsvoll. Nachstehend die Resultate:

- 6x50 Meter Freistilstaffette für Männer: 1. Nord I 3,15; West I 3,21,5; 3. Nord II 3,27,2.
- 100 Meter Brustschwimmen, weibliche Jugend: 1. Krichmer-Nord 1:39,1; 2. Wagner, R.-Nord 1:44,9; 3. Stodtisch-West 1:45,1.
- 100 Meter Mädelnswimmen, männliche Jugend: 1. Rudolf-Nord 1:30; 2. Hübner-Nord 1:41; 3. Krichmer-West 1:50.
- 10x50 Meter gemischte Meilebühne-Staffette für Kinder: 1. Nord I 8,00; 2. West I 8:43,8; 3. Ost 9:33,1.
- 100 Meter Freistilswimmen, a) männliche Jugend, 14 bis 18 Jahre: 1. Jung-Süd 1:22; 2. Hübner-Nord 1:27,1; 3. Krichmer-Nord 1:29,8. b) 16 bis 18 Jahre: 1. Fabian-Nord 1:11,8; 2. Hübner-Nord 1:18; 3. Hübner 1:22,1.
- Männer-Freistilswimmen, 100 Meter: 1. Werner-Nord 1:36; 2. Thomas-West 1:11,1; 3. Hübner-Bunzlau 1:13.
- 3x50 Meter Dagenstaffette für weibliche Jugend und Frauen: 1. Nord-Jugend I 2:13,5; 2. Nord-Jugend II 2:20,3; 3. West-Jugend 2:25 Minuten.
- 50 Meter Kleiderchwimmen für Rettungsschwimmer (im Wasser aussteigen): 1. Striegel-Nord 2:00; 2. Fichtner-Nord 2:22; 3. Hübner-Nord 2:30.
- 4x100 Meter Dagenstaffette, a) männliche Jugend: 1. Nord I 6:23,7; 2. Nord II 6:23,7; 3. West I 6:33,7. b) Männer: 1. Nord I 5:25; 2. Nord II 5:45,6; 3. West I 6:07,9.
- 100 Meter Stilschwimmen, a) männliche Jugend, 16 bis 18 Jahre: 1. Fabian-Nord 1:25; 2. Hübner-Nord 1:29,2; 3. Krichmer-Nord 1:34,2; 14 bis 16 Jahre: 1. Jung-Süd 1:39; 2. Wagner-Nord 1:39,5. b) Männer: 1. Fabian-Nord 1:16; 2. Hübner-Nord 1:20,2; 3. Oswald-West 1:28.
- 100 Meter Mädelnswimmen für Mädchen: 1. Prien-Nord 1:40; 2. Tantsch-West 53; 3. Grabsch-West 54,8.
- 50 Meter Schwimmen für Turner und Sportler, a) Jugend und Frauen: 1. Schwidder, 2. Ubi, 51,2; 2. Jablonki, 2. Ubi, 57,8. b) Männer: 1. Grund, 12. Ubi, 35; 2. Gerntz, 12. Ubi, 41,5.
- 50 Meter Meilebühne-Schwimmen für Männer 40 bis 50 Jahre: 1. Hübner-Nord 41,5; 2. Krichmer-Nord 42,5; 3. Hübner-Nord 44,5. 100 Meter Mädelnswimmen: Weibliche Jugend und Frauen: 1. Krichmer-Nord 1:44,5; 2. Hübner-West 1:47,6; 3. Hübner-West 1:52,9.
- 50 Meter Brustschwimmen für Knaben: 1. Elsner-West 0:44,5; 2. Knoche-Zimpel 0:49,5; 3. Brauer-Nord 0:49,8.
- 200 Meter Brustschwimmen für Männer: 1. Kaluz-Nord 3:15,0; 2. Falkenhain-Nord 3:18,0; 3. M. Gemiese-Nord 3:24,2.
- Wasserballspiele: a) Jugend: Nord II - West II 3:0 für Nord II; b) Männer: Vlegny I - Nord III 5:5; A- und B-Mannschaft: 5:2 für A-Mannschaft.

### Strassenläufe des Breslauer Arbeiter-Sportkartells

Ein glänzender Auftakt zur „Rak“ - Starke Beteiligung der Vereine - Auf den Strecken und am Ziel eine tausendköpfige Zuschauermenge

Die Wetterverhältnisse hatten unrecht. Noch am Sonnabend glaubte man, daß die Strassenläufe unter der schlechten Witterung leiden würden. Herrliches Sommerwetter aber brachte der glänzende Sonntag. Schon am frühen Morgen herrschte in den einzelnen Stadtteilen reges Leben. Besonders die Annahmsstellen zu den einzelnen Stellen der Läufe waren von Zuschauern dicht umfamt. Reibungslos vollzog sich der Aufmarsch. Dank der sehr guten Anordnungsmaßnahmen der Polizei, sowie des exakten Arbeitens der Ordner konnten auch die Läufe selbst störungslos abgewickelt werden. Eine Spannung, die man in den Vorjahren fast nie beachtet hatte, lag diesmal über den Läufern. Es ist auch in den vergangenen Jahren nie eine derartige Beteiligung festzustellen gewesen. An sich brachten die Läufe die erwarteten scharfen Kämpfe. Speziell der Männer-Bau erndete mit einer Ueberraschung, da es die Mannschaft von Maffabi-Hagait fertig brachte, in einer glänzenden Zeit den Sieg zu erringen. Der Sportlerinnen-Lauf brachte das erwartete Resultat zwischen der 2. und 4. Frauenabteilung, da sich die Frauenabteilung in einer ganz ausgezeichneten Form befand und ihren Lauf mit fast 20 Metern Vorsprung beendete. Im Männer-Hauptlauf konnte die Freie Rudervereinigung ihren Vorführer, die 6. Abteilung der F.R.V., mit fast neun Sekunden schlagen. Alles in allem: die Eröffnungsveranstaltung „Rak“ war ein voller Erfolg, brachte den erwarteten Massenansturm und gibt für die Hauptveranstaltung am Sonntag, den 26. Juni, im Stadion die besten Aussichten. Ein besonderer Dank gebührt den Genossen der Arbeiter-Samariter-Kolonie Breslau, welche den Motorabfahrern des „Solidarität“.

Die Läufe: Pünktlich wurde der Schüler-Lauf gestartet. Unmittelbar nach dem Start entspannt sich ein harter Kampf um die Spitze zwischen Maffabi, der 5. Abteilung und den Freien Schwimmern. Bis zum vierten Wechsel liegt Maffabi an der Spitze. Da aber hier die Stabübergabe nicht recht klappt, kann die 5. Abteilung die Spitze übernehmen und bis ins Ziel behalten. 50 Meter vor Maffabi hat die 5. Abteilung den Sieg errungen. Die Zeiten:

1. 5. Abteilung 3,12,9 Min., - 2. Maffabi 3,13,4 Min., 3. Freie Schwimmer 3,13,9 Min.

Anschließend starteten die Schülerinnen. Hier waren es besonders die Positionskämpfe zwischen der 3., 7. und 4. Abteilung. Erst bei den letzten zwei Wechsellern holt die 3. Abteilung einen kleinen Vorsprung heraus und liegt mit 4 Sekunden-Sekunden Vorsprung vor der 7. Abteilung. 1. 3. Abteilung 3,25,0 Min., 2. 7. Abteilung 3,25,4 Min., 3. 4. Abteilung 3,29 Min.

Nach dem Schülerinnen-Lauf starteten die Sportlerinnen zum Lauf der 1900 Meter. Hier trafen als Rivalen die 2. und 3. Frauenabteilung mit ihren ersten Mannschaften aufeinander. Die 4. Abteilung konnte nur bei den ersten zwei Wechsellern den Vorsprung an die Spitze behalten. Dann jedoch fielen sie weit zurück und endeten im geschlagenen Felde. Vom 3. Wechsel an trat sich die 2. Abteilung einen klaren Vorsprung errangen und erreichte unangefochten dem Ziele zu. Zwischen den folgenden Mannschaften entwickelten sich nochmals scharfe Kämpfe, aus denen die Frauenabteilung siegreich hervorging. Die 2. Frauenabteilung,

die auch ihre Meldung zu den 4x100 Meter-Staffetten zum Rak-Sonntag abgegeben hat, hat sich durch ihr blendendes Laufen am letzten Sonntag eine Favoritenstellung gesichert.

1. 2. Frauenabteilung 3,16,4 Min.; 2. 1. Frauenabteilung 3,22,6 Min.; 3. 3. Frauenabteilung 3,24 Min.; 4. 4. Abteilung 3,24,3 Min.

2200 Meter, hatte die Jugend zurückzuliegen. Das vorgelegte Tempo vom Start weg war äußerst scharf und spitzte sich anfänglich auf einen Kampf Freie Schwimmer, 5. Abteilung, 6. Abteilung zu. Abwechselnd lagen diese drei in Führung. Am Striegauer Platz übernahmen die Schwimmer endgültig die Spitze und ließen mit über 4 Sekunden Vorsprung.

1. Freie Schwimmer 5,06,7 Min.; 2. 5. Abteilung 5,10,9 Min.; 3. 6. Abteilung 5,13,5 Min.; 4. 1. Abteilung 5,15 Min.

Es war vorauszuhehen, daß sich der Lauf der Männer-B-Klasse zu einem Zweikampf der Fußballvereine zuspitzen würde, da nicht weniger wie 11 Fußballmannschaften am Start erschienen waren. Der Lauf brachte aber dennoch äußerst scharfe Kämpfe und, nebenbei gesagt, die größte Ueberraschung. Maffabi kommt am besten vom Start weg. Dicht liegt F.R., die Freie Rudervereinigung und 1924 dahinter. Maffabi überholt mit reichlichem Vorsprung; wird aber in den folgenden Wechsellern von den oben Angeführten stark bedrängt. In Höhe der Wessauer Straße zieht Maffabi in einem Zwischenstadium unwiderstehlich davon. In den Positionskämpfen fällt F.R. auf den vierten Platz zurück, die Ruderer kommen aus dem Hintereinander auf und sichern sich im Endspurt die zweite Stelle.

1. Maffabi-Hagait 4,52,7 Min.; 2. Freie Ruderer 5,03,7 Min.; 3. 1924 5,05,4 Min.; 4. F.R. 5,08 Min.

Das größte Interesse konzentrierte sich erdärzlicherweise auf den Lauf der Männer-A-Klasse. Von den gemeldeten Mannschaften fehlte am Start Einigkeit-Groß-Mochern. Es spricht für das gute Läufermaterial, das die einzelnen Vereine herausgebracht hatten, daß selbst in der 1000-Meter-Strecke eine Entscheidung nicht herbeigeführt werden konnte. Dieselbe fiel erst bei den Wechsellern in der Berliner Straße. Die Kämpfe auf der Strecke waren äußerst abwechslungsreich. Die alten Rivalen 6. Abteilung F.R., Freie Ruderer, Schwimmer und 7. Abteilung

lagen abwechselnd in Führung. In den 200-Meter-Strecken erwies sich die Ruderer aber als die Besseren und konnten den Vorjahrsieger 6. Abteilung sicher auf den zweiten Platz verweisen.

1. Freie Ruderer 13,0,5 Min.; 2. 6. Abteilung 13,9,0 Min.; 3. 7. Abteilung 13,17,1 Min.; 4. Freie Schwimmer 13,20,0 Min.

Die weiteren Mannschaften kamen in folgender Reihenfolge ein: 5. Abteilung, 1925, 2. Abteilung, 4. Abteilung, Athleten 1911, 1897, Herta, Nordost, 1. Abteilung, 12. Abteilung, 9. Abteilung, Freie Ruderer II und 8. Abteilung.

### Leipzig-Dannsdorf schlägt BfL-Görlitz im Vorrundenpiel um die mitteldeutsche Handballmeisterschaft 12:9 (4:4)

In der bürgerlichen Hochburg Görlitz haben sich trotzdem noch 1500 Zuschauer zu diesem Spiel eingefunden. Der jüngste Meister hatte seine Hauptstütze im Sturm, in wunderbaren Kombinationszügen wurde auf das Görlitzer Tor losgegangen. Im Mittelfeld hatte Leipzig einen Sturmführer, der sicher und gut seinen Sturm immer wieder nach vorn brachte. Dagegen sah man von der Hinterrangseite, ausbleibend der Torwart, nicht besonders viel. In der zweiten Hälfte spielte die Hinterrangseite von Leipzig sehr hart und durchdrang sich dadurch den ganzen Abend, den sie in der ersten Hälfte machte. BfL-Görlitz, der älteste Kreismeister, kam nicht ganz an jene Leistungen, welche er beim Kreismeisterschaftsspiel zeigte, heran. Der Sturm verfiel in seinen alten Fehler. Er spielte zu engmaschig. Der beste Mannschaftsziel war die Verteidigung und die Läuferreihe. Einen ganz schwarzen Tag hatte der Torwart. Wenn auch die Würfe der Leipziger sehr präzise geschossen waren, so mußte er sich doch nach den Bällen etwas mehr wehnen. Zum Spiele selbst: Anwurf Görlitz wird abgefangen und schon heißt die Partie 1:0 für Leipzig. Doch schon nach kurzer Zeit wird der Ausgleich erzielt. In einem Gedränge vor dem Görlitzer Tor kommt Leipzig zum zweiten Erfolg. Schon zwei Minuten später steht das Spiel 3:1 für Leipzig. Jetzt hängt auch Görlitz an zu spielen. In kurzen Abständen können sie durch Fehler der Verteidigung von Leipzig den Ausgleich erzielen und kurz vor der Pause in Führung gehen. Doch mit dem Halbspitzspiel gelingt Leipzig der Ausgleich. Nach der Pause geht Görlitz abermals in Führung. Bis 10 Minuten vor Schluß konnte Görlitz 8:7 führen Leipzig setzte in den Schlussminuten zum Endspurt an und konnte 5 Tore in den letzten Minuten erzielen, während es bei Görlitz nur noch auf einen Erfolg reichte.

**Arbeiter-Sportkartell Breslau e. B.**

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. B. Die Generalprobe für die Jugendveranstaltung findet am Mittwoch, den 22. Juni, 19,30 Uhr, im Naturtheater Scheitniger Park statt. Wir machen die Teilnehmer darauf aufmerksam, daß ein Zerstreuen der Böschungen zu vermeiden ist, desgleichen dürfen keinerlei Papierreste liegen bleiben. Jeder Schaden geht zu unseren Lasten.

Startnummern und Ordnerbinden vom Strassenlauf müssen diese Woche im Kartellbüro abgegeben werden. Einige Vereins-eigene Staffettenstäbe können im Büro abgeholt werden.

Achtung, Kinderabteilungen. Am „Rak“ (Sonntag) erhält dieses Jahr jedes Mitglied unserer Kinderabteilungen anstatt Tee eine Glas-Milch. Die Kinderleiter melden die Anzahl ihrer Festzugkinder am Neumarkt dem Genossen Grabsch; hier Ausgabe der Milchkarten. Jeder Leiter ist für die ordnungsgemäße Durchführung der letzten Flaschen verantwortlich. Näheres am Neumarkt beim Genossen Grabsch.

**Freie Turnerschaft Breslau e. B.**

An alle Bundesgenossen! Die Strassenläufe sind nun vorüber. Die harte Aktivität aller Sparten als auch die gute Anteilnahme der Breslauer Arbeitererschaft sind erfreuliche Anzeichen für einen vollen Erfolg am nächsten Sonntag. Aber niemand sollte diese erfreuliche Tatsache einfach hinnehmen, sondern mit doppeltem Eifer und Hingabe in allen Kreisen für größtmögliche Kartentennis-Sorge tragen. Die letzten Tage erfordern unermüdbare Aktivität. Denn nur gemeinsames Wollen und gemeinsame Arbeit, die sich auf den Schultern aller Mitglieder verteilt, kann zu großen Erfolgen führen. Eintrittskarten sind ständig im Kartellbüro erhältlich.

**Was muß jeder wissen und beachten?**

Die nächste Probe für die Sonnabend-Veranstaltung findet heute Montag, pünktlich um 19,30 Uhr, in der Turnhalle Striegauer Straße statt. Die Generalprobe für die Jugendveranstaltung am Mittwoch, die Mitwirkenden außer den Chortheilnehmern wollen das besonders beachten.

Die Übernahme der musikalischen Einrichtung im Stadion findet am Dienstag, um 16,30 Uhr, im Stadion statt. Wir bitten um Anwesenheit des technischen Ausschusses. Die Generalprobe für die Arbeiterabteilungen ist am Donnerstag ab 18 Uhr. Bitte Pünktlichkeit. Die Turnkarte aller Männer- und Frauenabteilungen sind um 18,30 Uhr zu einer Besprechung im Innenraum. Am Sonnabend ist von jeder Abteilung ein Genosse mit der Abteilungs- oder Vereinskarte um 19,30 Uhr hinter der Bühne des Naturtheaters. Pünktliches Eintreten am Sonntag ist

unbedingt Pflicht. Restlose Beteiligung an den Freiwüngen ist eine Selbstverständlichkeit. Es werden keine Möbelwagen zur Verfügung gestellt. Bitte, richtet euch danach ein. Zu den Freiwüngen wird auf dem Fußballplatz angetreten und zwar sofort nach Eintreffen des Festzuges. Dem jeweils bestimmten Gruppenleiter ist Folge zu leisten. Die Kleidung ist mehrschichtig, jedoch bei Männern immer ohne Hemd. Jeder hat sich in die Säule anzustellen, die seiner Farbe entspricht. Alles übt ohne Turnschuhe. Während der Veranstaltung ist jedem Antritt der Aufenthalt in der Innenlaufbahn nicht gestattet. Die Ordner sind angewiesen, dieser Ublen Anwesenheit ohne Rücksicht zu Liebe zu gehen. Auch die Kinder sind auf jeden Fall fernzuhalten. Zum Festzug selbst bringt alle roten Fahnen und Transparente mit.

**Dringende Mahnung.** Die Fragebogen sind bis Dienstag der technischen Leitung zuzustellen. Es fehlen noch 1., 2., 5., 12. und 6. Frauen- und Mädchen-Abteilung und 1., 2., 3., 7., 8. und 9. Männer- und Knabenabteilung. Mittwoch, den 6. Juli, Vereinstagungsversammlung.

1. Frauen-Abteilung F.R.B. Das Turnen fällt für die Turnerinnen heute infolge einer notwendigen Probe aus. Turnerinnen, die noch bereit sind, im Chor mitzuwirken, können in der Turnhalle anwesend sein.

2. Männer-Abteilung. Heute Montag, 19,30 Uhr, wichtige Abteilungsverammlung im Gewerkschaftshaus. Unsere Kleidung zum „Rak“ ist weiß. Bis Freitag Vorverkaufsabrechnung. Zulbeiträge begleichen.

3. Männer-Abteilung. Dienstag muß jeder Bundesgenosse in der Turnhalle sein zwecks wichtiger Angelegenheiten, die nach vor dem „Rak“ zu erledigen sind.

### Wasserhort

Freie Schwimmer Breslau e. B. Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr: Vereinsfunktionär-Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7.

Erster Arbeiter-Anglerverein Breslau. Laut Beschluß treffen sich alle Sportfreunde am 26. Juni, 12,40 Uhr, Lannengasse, am Neumarkt, zum Umzuge. Alle, die sich zum Fußballspiel gemeldet haben, treffen sich Mittwoch, den 22. Juni, 18 Uhr, auf dem Pachtgelände Wilhelmstraße zu einer Besprechung. Die Juli-Versammlung fällt aus.

### Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Sämtliche Abteilungen müssen ihre besten männlichen sowie weiblichen Fahrer im 100-Meter-Langstreckenfahren, bis 10. Juli dem Ortsgruppenführer schriftlich melden. - Abteilung Dhlauerer: 23. Juni: Ausfahrt, Start 18,30 Uhr am Vereinslokal. 21. Juni: Abteilungsabend bei Cichos, Klosterstraße 125. - Abteilung Grabsch: 24. Juni: Ausfahrt nach der Liebesinsel, Start 16 Uhr am Vereinslokal. - Abteilung Nikolaitor: 23. Juni: Ausfahrt, Start 18,30 Uhr am Striegauer Platz. - Abteilung Dektor: 20. Juni: Abteilungsabend bei Wiczorek, Bartschstraße 6. 23. Juni: Ausfahrt nach Oswig, Start 15 Uhr am Trebnitzer Platz. - Abteilung Scheitnig: 23. Juni: Ausfahrt, Start 18 Uhr an der Fürstenschule. - Abteilung Dürrgo: 21. Juni: Abteilungsabend bei Hoffmann, Schönstraße 21. - Abteilung Rosenthal: 24. Juni: Abteilungsabend bei Dwiehlo, Trachenberger Straße. - Abteilung Friedewalde: 25. Juni: Abteilungsabend bei Kojchel, Hundsfelder Straße. - Jugendabteilung: 20. Juni: Jugendvollversammlung im Jugendheim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45. 22. Juni: Augenspiele im Stadion. 24. Juni: Tischtennis und Brettspiele im Jugendheim, Wehlgaß 39. - Raderguppe: 21. Juni: alles auf der Bauhofwiese. - 23. Juni: Kinderveranstaltung im Jugendheim, Wehlgaß 39. - Kraftfahrerteilung: 24. Juni, 20-21 Uhr Jahlabend im Zentralballsaal, Bekerdstraße 50.

### Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau. Dem arbeitslosen Genossen Otto Haasler ist die Widmung (Widmung) auf dem Wege von Schweidnitz über Märzdorf, nach Jauernig, gegangen. Der eheliche Friederich wird gebeten, dieselbe bei Haasler, Breslau 13, Nachstraße 13, gegen Belohnung abzugeben.

### Stilleit

Freie Sportvereinigungen 1897. Heute 20 Uhr erweiterte Vorstandssitzung. Dazu sämtliche Funktionäre, Handballer um die gleiche Zeit Mannschaftsitzung.



## Caro bietet Nierensteine an

### Großkapitalistische Verneblungsmethoden im Caro-Petschel-Prozess

Eheprobleme und Konflikte im Kreise der höheren Zehntausend pflügen — wie der Caro-Petschel-Prozess neuerdings bestätigt — meist auch finanzielle Probleme und Konflikte in sich zu schließen. Das heilige Sakrament der Ehe ist dort, wo man über die Produktionsmittel gebietet, eine Angelegenheit von höchster wirtschaftlicher Bedeutung. Als beispielsweise die Tochter des Stahlkapitalisten Caro den Braunkohlkönig Petschel heiratete, sprachen nicht nur die Herzen, sondern auch der Geschäftssinn, brachte „Berchen“, wie Papa Caro sie auch im Prozess ärztlich nennt, den tüchtigen, jetzt leider erkrankten und gänzlich reisunfähigen Bräutigam zugleich als Geschäftsfreund mit ins väterliche Haus. 400 000 Mark betrug ihre Mitgift. Aber davon hatte sie ja nichts, damit machte ja der junge Ehemann Geschäfte. Petschel zahlte ihr dafür 7000 Mark monatlich „Nadelgeld“ und der gute Papa steuerte 20 000 bis 30 000 Mark jährlich dazu; als „Berchen“ einmal noch mehr Nadeln laufen wollte, schenkte er ihr 50 000 Mark, damit sie wieder „ins Reine“ kam.

Nicht jeder bekommt die Tatsache, daß er nicht glücklich verheiratet ist, so gut bezahlt! Vera Petschel ließ sich trotzdem eines Tages scheiden. Der Papa rang die Hände, der verlassene Ehemann war verzweifelt. Nun waren sie verpflichtet, einander böse zu sein. Ernst Petschel, aber, der verlassene Schwiegerohn, hatte im Geschäftsleben gelernt, daß Angriff die beste Parade ist; er ging hin und zeigte seinem Schwiegervater eine Quittung über die 400 000 Mark Mitgift, die er gefälligst habe.

Nun sind die beiden Kampfkämpfe so weit, daß sie sich in aller Öffentlichkeit ihre tüchtigen Geschäftchen vorwerfen. Wir erfahren, wie ein Schwiegervater die Erhöhung des Kohlenpreises durchgeleitet hat, weil er, wie er heute sagt, von seinem Schwiegerohn falsche Unterlagen erhielt. Der Schwiegerohn aber sei ein Mensch von ungläublicher Strupellosigkeit und Geldgier, er gehe über Leichen, weiß der Schwiegervater heute, nachdem er diesem Mann seine heißgeliebte Tochter gegeben hat und jahrelang mit ihm große Geschäfte machte!

In den letzten Verhandlungstagen kam es zu endlosen Nebenreden der Verteidiger über die Frage, ob Ignaz Petschel in der Lage sei, an Gerichtsstelle zu erscheinen oder nicht. Der Verteidiger Petschels erklärte, daß nach einem Gutachten sämtlicher Ärzte, die Petschel untersucht hätten, Petschel reisunfähig sei. Professor Alsbach, der Verteidiger Caros, betonte, daß es nicht nur auf die Lernfähigkeit Petschels ankomme, sondern auch darauf, ob der Gesundheitszustand von Ignaz Petschel damals, als er als Zeuge vernommen wurde, so gewesen wäre, daß man den Schluß ziehen könnte, sein Gedächtnis hätte nicht mehr normal funktioniert. Das Gericht behielt sich die Entscheidung vor und nahm vorläufig noch nicht Stellung.

### Um die Mitgiftquittung

Anschließend wurde über die ominöse verschwindende Mitgiftquittung verhandelt. Caro schildert, wie am 29. Juli 1929 ein Gerichtsvollzieher in Begleitung eines Rechtsanwalts in seiner Villa in Berlin-Roseneck erschienen sei, um eine einstweilige Verfügung zur Herausgabe der umstrittenen Quittung durchzuführen. Der Gerichtsvollzieher habe sich gleich mehrere Handwerker mitgebracht; man habe in seinem Arbeitszimmer einen Gobelin von der Wand gerissen und die Tafelung, hinter der sich ein Safe befand, entfernt. Dr. Caro habe den Eindruck gehabt, daß man dem Gerichtsvollzieher und dem Anwalt das Dokument nicht in die Hand geben dürfe. In dem Safe wären außer geheimen Papieren gewisse, die auf keinen Fall in den Besitz Petschels hätten fallen sollen. Er habe, so führt Caro aus, das Gefühl gehabt: lieber mag die ganze Wohnung in die Luft gehen, als daß diese Dinge Petschel ausgeliefert werden.

Caro nahm, wie er schildert, die Reproduktionen der Quittung aus dem Safe heraus, ging damit auf die Toilette und zerriß sie. Als er zurückkam, sagte er zum Gerichtsvollzieher: „Bemühen Sie sich nicht zu sehr. Die Quittung ist bereits auf dem Wege nach den Kielesfeldern.“ Als der Vorsitzende über dieses Verfahren einige Verwunderung äußerte und die Echtheit der Quittung in Frage stellte, sagte Geheimrat Caro sehr betont: „Sie war echt. Im übrigen bin ich auch nicht mit einem Gedanken auf die groteske Idee gekommen, daß man mich einmal einer Urkundenfälschung bezichtigen würde.“

### „Ich wohne nicht hier“

#### ich bin nur hier

Beim Verlesen einiger Aktenstücke teilt der Vorsitzende mit, daß am 30. Juni 1929 Petschel gegen Geheimrat Caro Anzeige wegen Betrugs, schwerer Urkundenfälschung, Urkundenvernichtung und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung erstattet habe. Ausführlich wird dann die Frage erörtert, weshalb sich Caro seinerzeit durch Litte für die Dauer von zwei Monaten als terminunfähig erklären ließ. Caro bemerkt hierzu, daß er gefangen sei, zum Offenbarungseid geladen zu werden. Er wolle aber, so erklärte er, ungestört nach Gastein reisen.

Der Vorsitzende stellt dann fest, daß Caro, als der Gerichtsvollzieher in seine Villa kam, zu ihm gelangt hat: „Ich kann Sie nicht in meine Wohnung hereinlassen, sie gehört den Bagerischen Stahlwerken.“ Als der Gerichtsvollzieher meinte: „Aber Sie wohnen doch hier“, erklärte Caro: „Nein, ich wohne nicht hier, ich bin nur hier!“ Caro bemerkt hierzu, daß er natürlich alles getan habe, um nach dem ersten Ueberfall auf seine Wohnung „weitere Unbrüche“ zu verhindern. Aus diesem Grunde habe er seine Wohnung an die Stahlwerke vermietet.

Zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Geheimrat Caro und dem Verteidiger Justizrat Pruder kommt es, als der Rechtsanwalt daran Kritik übt, daß Caro trotz seiner Terminunfähigkeit mit einem fastgroßen Nierenstein verurteilt sei. Geheimrat Caro rüffelt sehr erregt: „Den Nierenstein können Sie jederzeit von mir lassen!“, darauf Justizrat Pruder humorvoll antwortete: „Ich lehne es auch auf diesem Gebiet ab, mit Ihnen Geschäfte zu machen.“

### Sterilisation

#### nicht als Körperverletzung angesehen

In Japan wurde ein Offizier, der sich sterilisieren ließ, von einem Richter in Deutschland als Körperverletzung angesehen. Der Hauptangeklagte Rechtsanwalt Dr. Weitz, führender Rechtsgelehrter in Reich, erhielt eine Gerichtsentscheidung von einem Richter, er würde der Sterilisation, der verbotenen Körperverletzung und der gefährlichen Körperverletzung für schuldig erklärt. Die der

Beihilfe angeklagte Herzin, Frau Dr. Paula Bauer-Haue, erhielt sechs Monate Gefängnis, der Arzt Dr. Weber sechs Wochen Gefängnis. Der Prozess drehte sich um die Frage, ob eine Sterilisation unter die §§ 224 und 225 des Reichsstrafgesetzbuches (Körperverletzung mit der Folge, daß der Verletzte in erheblicher Weise dauernd beschädigt wird) falle, wenn sie vorläufig ohne medizinische Indikation vorgenommen wird. Diese Frage hat das Gericht verneint.

### Neue Verhaftungen

#### in der Greiling-Affäre

Im Verlauf der Untersuchung, die die Dresdener Staatsanwaltschaft gegen die Zigarettenfabrik Greiling A.G. wegen Steuerhinterziehungen eingeleitet hat, ist nach dem Direktor Gegenwald und dem Profuristen Philipp jetzt auch der frühere Direktor Armin Seifert in Haft genommen worden.

### Autobus stürzt um

#### Fünfundzwanzig Verletzte

Auf einer Fahrt im Düffelal in der Nähe von Düsseldorf schlug ein vollbesetzter Autobus bei einer starken Steigung um. Sämtliche Insassen, 25 Mitglieder eines Frauenvereins, wurden dabei verletzt, drei sehr schwer.

### Ein netter Direktor

#### 669 000 Mark unrechtmäßige Geldentnahmen

Der frühere Generaldirektor Pforte der städtischen Straßenbahnen in Hagen (Westfalen), der während seiner Amtszeit über 260 000 Mark Speien ohne Belege verschleudert hatte, wurde am Donnerstagmorgen wegen absichtlicher Verhinderung der Vermögenslage der Hagerer Straßenbahnen, rechtswidriger Aneignung von deren Geldmitteln und jahrlanger Geschäftsführung zu 15 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Bei einer Revision waren nicht angewiesene Beträge und unrechtmäßige Entnahmen in Gesamthöhe von 669 000 Mark nachgewiesen worden, die der Angeklagte im Interesse der Straßenbahn verwendet haben will. Das Geld war einem Geheimfonds entnommen worden und sollte angeblich dazu verwendet werden, Anleihen zu beschaffen. Der ganze Skandal ist von der Hagerer Sozialdemokratie aufgedeckt worden.

### Mädchenmord in Bregenz

In Bregenz in der Aldermark erschoss am Sonnabend der 23jährige Erwin Rohmann aus Baselwald seine 16jährige Freundin Götz Brehmann. Das Mädchen hatte dem Freund, der sie bestohlen hatte, heftige Vorwürfe gemacht, worauf der Dief zum Revolver griff und der 16jährigen einen tödlichen Kopfschuß beibrachte. Der Täter sprang auf der Flucht aus dem Fenster und trägt einen doppelten Armbruch davon, wurde dann aber verhaftet.

### Ein Dorf brennt

Die 650 Einwohner zählende Ortschaft Lübbow in Mecklenburg wurde von einer schweren Brandkatastrophe heimgesucht, die in kurzer Zeit 28 Gebäude zerstörte. Fast die Hälfte der Bewohner ist obdachlos geworden.

### Muttermörder als irrsinnig erklärt

Vor dem Warschauer Bezirksgericht hatte sich der dreißigjährige Sohn des Staatsanwalts Morozow wegen Ermordung seiner Mutter zu verantworten, es handelte sich um einen Zuhältermord. Die Gerichtsärzte erklärten, daß Morozow erblich anstaltlich und geisteskrank und daher für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden könne. Auf Grund dieses Gutachtens verfügte das Gericht die lebenslange Internierung des Muttermörders in einer Irrenanstalt.

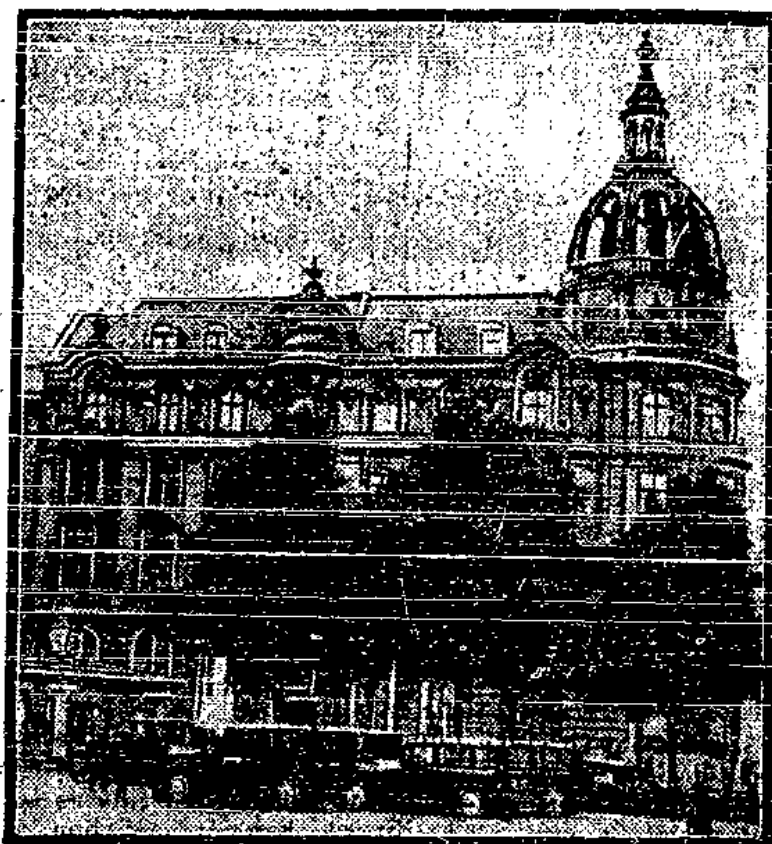
### Seltamer Unfall

In Bologna bei Vissen stieß ein Lastkraftwagen gegen ein Eckhaus und riß dabei die ganze Ecke des Hauses in 2 1/2 Meter Höhe und 1 Meter Tiefe heraus. Der Wagen wurde dann an das gegenüberliegende Eckhaus geschleudert, das ebenfalls beschädigt wurde. Vom Anhänger fielen einige leere Fässer herab, durch die ein 77jähriger Mann, der zufällig vorbeiging, getötet wurde. Das Eckhaus, an das das Auto zuerst stieß, droht einzustürzen, die Mieter müssen daher ausquartieren werden.

### Explosionskatastrophe auf einem Petroleumdampfer

Am Bord des englischen Petroleumdampfers „Cymbeline“, der in Montreal (Kanada) auf Trossendock liegt, ereignete sich gestern eine schwere Explosion. Bisher sind 23 Leichen geborgen worden. Unter den Toten befindet sich der Führer der Feuerwehrrunde und drei Feuerwehrleute, die von der zweiten Explosion bei ihrer Löscharbeit überrascht wurden.

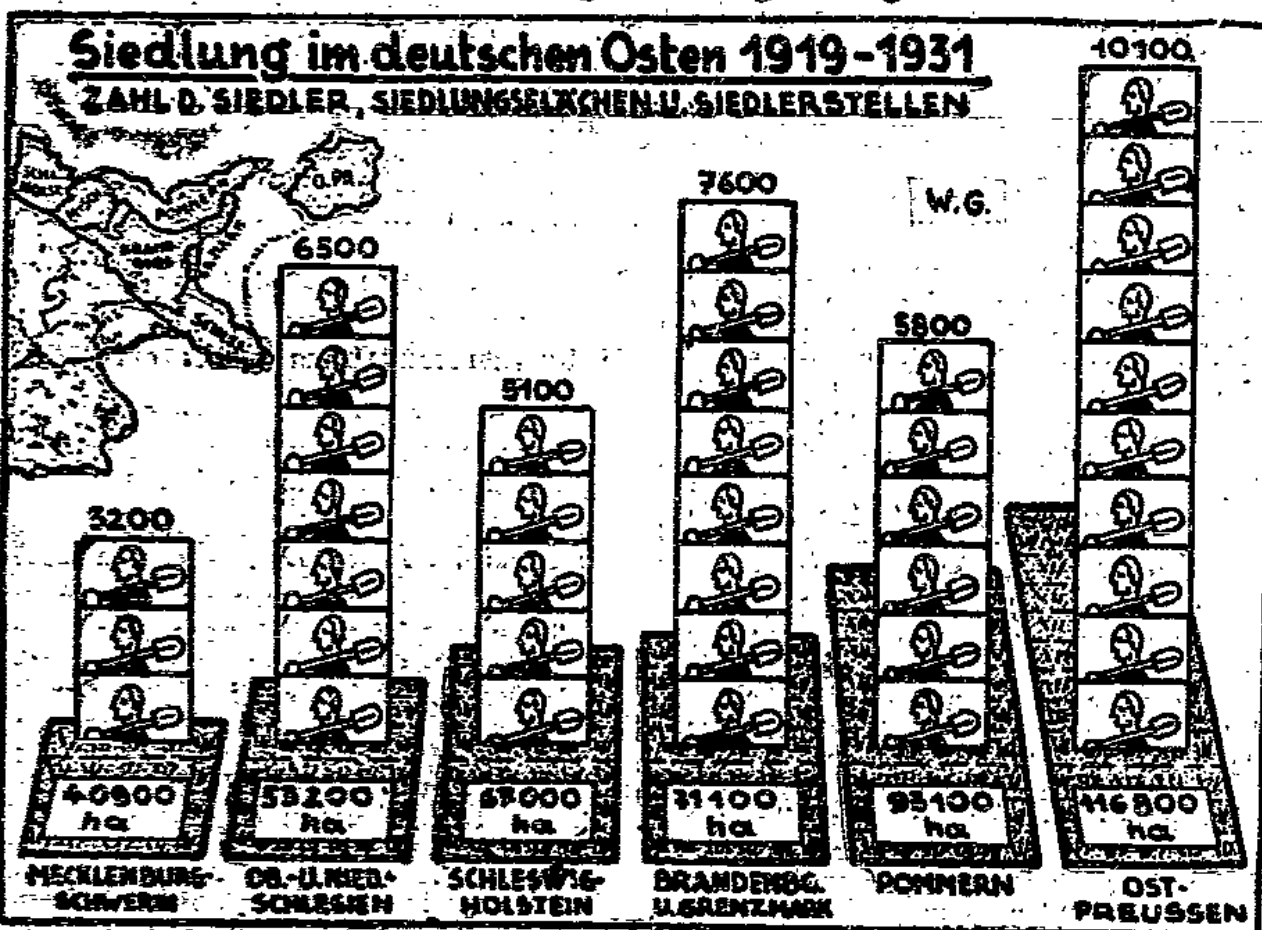
### Braunes Haus in Berlin?



Die Nazi-Partei soll angeblich mit den J. G. Farben und dem Deutschen Stahlwerksverband wegen des Kaufes des hier abgebildeten Hauses in Berlin verhandeln. Hoffentlich macht Herr Warmbold, der Vertreter der J. G. im Reichskabinett, seinen zu teuren Kaufpreis.

## So hat das „marxistische“ Preußen gesiedelt

### Was wird die Junkerregierung tun?



## Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Zitternase

### Von G. Th. Rotman



41.  
Der Storch schien eben nachzudenken, aber dann lachte er den Schnabel noch weiter auf und:  
„Plums, plums! Da zog plötzlich einer an unteren Schwänzen, die ins Wasser hingen, und wir tauchten beide ins Wasser hinunter.“

42.  
Das war ein anglisches Augenlid, Kinder! Aber wir waren wenigstens außer dem Bereich des Storches. Dann wurden wir mit großer Schnelligkeit durchs Wasser gezogen, ohne daß wir ertrinken konnten, werts ist. Wenns nur nicht einer war, der uns ertränken wollte, oder vielleicht auch, wie der Storch!

